



ROLAND B. MÜLLER

Freier Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

ORCID: [0000-0002-9130-0935](https://orcid.org/0000-0002-9130-0935)

DIE ORGANISATION EHEMALIGER FRONTKÄMPFER IN SCHLESILIEN – DAS „REICHSBANNER SCHWARZ-ROT- GOLD“ (1924-1933) IM KAMPF FÜR DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

ORGANIZACJA BYŁYCH FRONTOWCÓW NA ŚLĄSKU – „REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD“ (1924–1933) W WALCE O DEMOKRACJĘ I PRAWORZĄDNOŚĆ

THE ORGANIZATION OF FORMER FRONT-LINE SOLDIERS IN SILESIA – THE “REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD” IN THE FIGHT FOR DEMOCRACY AND RULE OF LAW

ABSTRACT: The paper summary describes of the evolution of the regional division of the “Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold” organization in the Middle Silesia, concentrating on the Breslau local association and taking into account also the divisions in Lower and Upper Silesia.

KEYWORDS: Reichsbanner, republicans, democrats, national socialists, Breslau, Weimar Republik

SŁOWA KLUCZOWE: Reichsbanner, republikanie, demokraci, naziści, Wrocław, republika weimarska

1. Einführung

Die Einschätzung von Krzysztof Ruchniewicz, dass in Polen eine vollständige wissenschaftliche Ausgabe der Geschichte Breslaus und Schlesiens im 19. und

Anfang des 20. Jh. noch fehlt¹, bezieht sich nach den Kenntnissen des Autors auch auf das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“², das in den Jahren 1924 bis 1933 bestanden hat. Aber nicht nur in Polen ist die Geschichte des schlesischen Reichsbanners weitgehend unbekannt, sie ist auch in Deutschland kaum noch im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert³. Dabei bieten die akuten gesellschaftlichen Konflikte und Krisen, in denen es u.a. um die Demokratie, ihre Ausgestaltung und Festigung bzw. ihre gänzliche Ablehnung geht, weil sie angeblich bei der Bewältigung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme versagt, einen Anlass, in der damaligen Entwicklung, die 1933 zu einer Niederlage der Demokratie in Deutschland und zu einer weltweiten Katastrophe geführt hatte, nach Lehren und Schlussfolgerungen zu suchen.

Die folgende Darstellung soll dazu beitragen, die Lücken im Geschichtsbild der Jahre 1924 bis 1933 zu verringern und das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschen und Polen zu fördern. Dem liegt auch die Tatsache zugrunde, dass es sich beim Breslauer und schlesischen Reichsbanner sowohl um deutsche, als auch polnische Geschichte handelt. Polnische ist es insofern, da Geschichte stets an konkrete Orte gebunden ist, und das Territorium, von dem im Weiteren berichtet wird, heute zu Polen gehört. Von Bedeutung ist dabei auch, dass speziell das schlesische Reichsbanner immer für Verständigung mit Polen und gegen jede Revanche-Politik der deutschen Rechts-Parteien gekämpft hat.

Diese Organisation republikanisch-demokratisch gesonnener ehemaliger deutscher Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges gehörte in den Jahren ihrer Existenz zum unübersehbaren Erscheinungsbild der schlesischen Städte und Dörfer. Es war eine Zeit heftiger Auseinandersetzungen der unterschiedlichen politischen Kräfte sowie großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme infolge des Weltkrieges und der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die Schlesien ganz besonders betrafen.

2. Quellenlage

Neben den Akten im Staatsarchiv zu Breslau (Archiwum Państwowe we Wrocławiu) enthielten die Wochenzeitung „Das Reichsbanner“ aus Magdeburg, aber vor allem

¹ Vgl. *Jüdisches Leben in Ost und West*, hrsg. von Andreas Brämer, Arno Herzig, Krzysztof Ruchniewicz, Göttingen 2014.

² Vgl. Franciszek Biały, *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, [in:] *Encyklopedia Wrocławia*, red. Jan Harasimowicz, Wrocław 2006, S. 744.

³ Vgl. Sebastian Elsbach, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, Stuttgart, 2019, S. 27.

die in Breslau bis 1933 erschienene zeitgenössische Presse Informationen und Berichte zum Breslauer und schlesischen Reichsbanner. Die deutsche Literatur zum Reichsbanner enthält dagegen nur wenige einzelne Berichte über die bzw. Erwähnungen der schlesischen Regionalverbände, dafür jedoch grundsätzliche, allgemeingültige Aussagen, die auch auf die hier behandelte Region zutreffen. Als polnische Position konnte nur der in Fußnote 2 erwähnte knappe Beitrag in „EncyklopediaWrocławia“ ermittelt werden. Bei einem Gespräch mit Professor Krzysztof Ruchniewicz vom Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław zum Reichsbanner erhielt der Autor die Anregung, dieses für die schlesische Regionalgeschichte wichtige Thema zu verfolgen⁴ und damit weitere Forschungen zu den spezifischen Verhältnissen dieser Zeit anzuregen.

3. Zusammensetzung des Reichsbanners

Das im Februar 1924 in Magdeburg gegründete Reichsbanner gliederte sich in Regionalverbände (sog. Gauverbände), Kreis- und Bezirksorganisationen, Ortsvereine sowie diese wiederum je nach Größe der Städte und Gemeinden in weitere Unterformationen. Zu den Ortsvereinen gehörten auch Jugendgruppen, Radfahrerabteilungen, Spielmannszüge, Kapellen und andere Gruppen. In Schlesien bestanden drei entsprechend untergliederte Regionalverbände: Verband Oberschlesien mit Sitz in Gleiwitz, Verband Mittelschlesien mit Sitz in Breslau und Verband Niederschlesien mit Sitz in Görlitz. In Breslau und Mittelschlesien wurden die Untergliederungen des Ortsvereins als „Banner“ bezeichnet, die wiederum in Züge unterteilt waren. Bis zur Erweiterung des Breslauer Stadtgebietes im Jahr 1928 bestanden zwölf Banner, die je nach Stärke noch weiter untergliedert waren. Als Ende des Jahres 1931 die Bedrohung der Demokratie immer offensichtlicher wurde, bildete man innerhalb des Reichsbanners, so auch in Schlesien, besondere, als „Schufo“ bezeichnete paramilitärisch ausgerichtete Schutzformationen, die jedoch unbewaffnet waren. Den gegnerischen, deutlich militärisch organisierten Kräften, insbesondere der SA als Kampforganisation der NSDAP, waren sie dadurch allerdings absolut unterlegen.

Ein wesentliches Merkmal des Reichsbanners war der überparteiliche Charakter, denn Träger der Organisation waren gemeinsam die Sozialdemokratische

⁴ Vgl. Roland Müller, *Lassalles Vermächtnis – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Breslau und Mittelschlesien*, erscheint voraussichtlich 2024, Herausgegeben von Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin.

Partei (SPD), die der katholischen Soziallehre nahestehende Zentrumspartei (Zentrum) und die freiheitlich-liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). Diese drei Parteien hatten am 11. August 1919 die neue deutsche Reichsverfassung in Kraft gesetzt. Danach kämpften sie, allerdings mit jeweils stark voneinander abweichenden Programmen und Einzelzielen für den Erhalt der Weimarer Republik.

Hinsichtlich der Drei-Parteien-Trägerschaft bestand im Vorstand des mittelschlesischen Reichsbanners von Anfang an ein deutliches Defizit, da es zu keiner direkten Zusammenarbeit mit der regionalen Leitung der Zentrumspartei kam. Lediglich zwischen dem Breslauer SPD-Vorstand und dem der DDP bestand von Beginn an eine Partnerschaft, indem es zwei Vorsitzende gab, je einer mit DDP- und SPD-Mitgliedschaft. Bis 1928 lag die Führung des mittelschlesischen Regionalverbands sogar schwerpunktmäßig in der Hand des DDP-Mitgliedes. Diese Partnerschaft zerbrach allerdings 1929, wie noch dargestellt wird. Mit der Zentrumsparteileitung in Breslau schien im September 1926 eine Zusammenarbeit möglich, aber auch dieser Ansatz zerschlug sich wieder⁵. Die Ursachen dafür waren vor allem persönliche gegenseitige Abneigungen zwischen den jeweiligen Führungspersönlichkeiten und im Wesentlichen eine Entscheidung des Breslauer Ortsvorstandes und der mittelschlesischen Regionalleitung, die im Widerspruch zu zentralen Orientierungen der Bundesleitung des Reichsbanners und den Positionen von Zentrumspartei und DDP standen. Dagegen war im mittelschlesischen Reichsbanner-Regionalverband in einigen Ortsvereinen und Kreisverbänden, so im Kreis Glatz, die Zentrumspartei sehr stark vertreten und hatte auch in den untergeordneten Leitungen Einfluss. Allerdings gab es auch mittelschlesische Kleinstädte, in denen die Zentrumspartei es ablehnte, im Reichsbanner mitzuwirken. Trotzdem wurde bis zu Beginn der 1930er Jahre der überparteiliche Charakter der Organisation gewahrt. Deutlich anders war die Lage im Regionalverband Oberschlesien, in dem die Zentrumspartei durchgängig an der Leitung des Reichsbanners beteiligt war. Die politische Entwicklung in der Weimarer Republik und die Politik der drei Parteien führten jedoch dazu, dass zunehmend die SPD die führende Rolle im Reichsbanner in allen drei schlesischen Regionalverbänden innehatte.

⁵ Studienrat Dr. Jäger aus Reichenstein war als Angehöriger der Zentrumspartei Mitglied im Reichsbanner Regionalvorstand geworden, aber nicht als Beauftragter der Regionalleitung seiner Partei, sondern als Vertreter seines Kreises. Vgl. *Die Gaukonferenz des Reichsbanners in Breslau*, „Volkswacht“ vom 21.09.1926.

Unabhängig davon unterschied sich der Kampf nicht von dem in allen anderen deutschen Gegenden. Die Gegner waren auf der politisch rechten Seite die monarchistisch-nationalistischen und antisemitischen Organisationen wie der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ und der „Kyffhäuserbund“, der Dachverband vieler Soldatenvereine sowie seit Beginn der 1930er Jahre ganz besonders die nationalsozialistische SA. Einen Schwerpunkt bildete der Kampf für die Fahne der Republik und ihre Farben Schwarz-Rot-Gold, denn das Merkmal der Gegner und Befürworter einer Rückkehr zur Monarchie war die Fahne des untergegangenen Kaiserreiches mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot. In enger inhaltlicher Beziehung dazu stand das Hakenkreuz, Symbol verschiedener völkisch-nationalistischer und antisemitischer Organisationen und ebenfalls Kennzeichen der Nationalsozialisten. Aber auch gegen die extrem linke politische Seite, die KPD, musste sich das Reichsbanner zur Wehr setzen. Die KPD strebte an, über einen Bürgerkrieg in Deutschland zu Verhältnissen wie in Sowjet-Russland zu gelangen. Dabei galten ihr das parlamentarisch-demokratische System, die SPD und das Reichsbanner als Haupthindernisse.

4. Von Magdeburg nach Breslau

Die eigentliche Geschichte des Reichsbanners in Schlesien begann im Frühjahr 1924. Nach der in Magdeburg am 22. Februar 1924 erfolgten Gründung der Gesamtorganisation hatten in Breslau die beiden Weltkriegsveteranen Karl Mache⁶, SPD-Parteisekretär, und Wilhelm Winzer⁷, Breslauer SPD-Abgeordneter im preußischen Landtag, im März 1924 die ersten Schritte unternommen, um in Mittelschlesien das

⁶ Karl Mache (1880–1944), SPD, Bäcker, ab 1908, unterbrochen durch Kriegseinsatz, bis 1919 Gewerkschaftsfunktionär, danach SPD-Funktionär und Inhaber mehrerer Wahlämter in verschiedenen Gremien, Initiator des Reichsbanners in Breslau und Mittelschlesien, von 1929 bis 1933 Stellvertreter des Breslauer Oberbürgermeisters, nach 1933 Absetzung, Verhaftung, Freilassung und im August 1944 wieder Verhaftung, Tod im KZ Groß-Rosen am 19. Oktober 1944 als Folge von Entkräftung und Haftbedingungen. Vgl. Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Akta miasta Wrocławia, Akta personalne Magistratu, Nr. 992.

⁷ Wilhelm Winzer (1878–1957), SPD, Bäcker, ab 1897 gewerkschaftlich, ab 1903 in der SPD organisiert und seit 1908, unterbrochen durch Kriegseinsatz, Gewerkschaftsfunktionär in Breslau. Von 1919 bis 1924 Stadtverordneter und Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, von 1921 bis 1933 Mitglied des preußischen Landtages, 1933 Haft im KZ Breslau Dürrgoy, im August 1944 erneute Verhaftung und Verurteilung zu drei Jahren Zuchthaus. Im Jahr 1945 Ausweisung aus Schlesien, Übersiedlung nach Berlin, wegen Ablehnung der Vereinigung von SPD und KPD zur SED Wechsel nach West-Berlin, dort bis zu seinem Tod als SPD-Mitglied aktiv. Vgl. Wilhelm Heinz Schröder, *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933: Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch*, Düsseldorf 1995.

Reichsbanner zu etablieren. Am 29. März 1924 fand in einer Turnhalle die Gründungsversammlung für den Breslauer Ortsverein und den mittelschlesischen Regionalverband statt, auf der auch Otto Hörsing⁸, der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, auftrat⁹. Danach führten der DDP-Landtagsabgeordnete, Volksschullehrer und spätere Rektor Erich Herrmann¹⁰ sowie der selbständige Kaufmann und Sprecher der SPD-Fraktion in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung Hugo Frey¹¹ den mittelschlesischen Regionalverband, während der Kaufmann Hans Alexander¹² (SPD) und der SPD-Funktionär Eberhard Funke dem Ortsverein vorstanden.

⁸ Otto Hörsing (1874–1937), SPD bis 1932, Schmied, 1905 bis 1908 Gewerkschaftsfunktionär in Kattowitz, danach bis 1914 SPD-Funktionär in Oppeln, nach Kriegsdienst Vorsitzender des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrates Oberschlesiens, von April 1919 bis Januar 1920 Reichskommissar für Oberschlesien, von 1920 bis 1927 Oberpräsident der Provinz Sachsen, von 1924 bis 1932 Mitglied des preußischen Landtags. 1924 Initiator der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und dessen Vorsitzender bis 1931. 1932 Gründung einer Splitterpartei. Nach 1933 blieb er bis zu seinem Tod in Kontakt mit am Widerstand gegen das NS-Regime beteiligten ehemaligen SPD- und Reichsbannerfunktionären. Vgl. Müller, *Lassalles Vermächtnis*.

⁹ Vgl. *Schwarz-rot-gold. Ein Reichsbund zum Schutz der Republik*, „Volkswacht“ vom 01.04.1924.

¹⁰ Erich Herrmann (1882–1960), DDP bis 1929, dann SPD, evangelischer Volksschullehrer, Rektor einer Volksschule, Weltkriegsteilnehmer, von 1921 bis 1928 Mitglied des preußischen Landtages. Von 1924 bis 1928 und von 1931 bis 1933 Vorsitzender des Vorstands des Reichsbanner-Regionalverbands Mittelschlesien und zugleich Co-Vorsitzender des Breslauer Ortsvereins und Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im mittelschlesischen Reichsbanner. Nach mehrtägiger Haft ab 1. März 1933 unterschrieb er eine Verzichtserklärung auf politische Tätigkeit und übersiedelte nach Entlassung aus dem Schuldienst nach Fürth in Bayern. Nach 1945 war er dort als SPD-Kommunalpolitiker bis zu seinem Tod aktiv. Vgl. Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Akta miasta Wrocławia, Nr. 37.419 Erich Herrmann, sowie: Müller, *Lassalles Vermächtnis*.

¹¹ Hugo Frey (1876–1945), SPD, Kaufmann, 1901 Austritt aus der Synagogengemeinde, sozialdemokratisch organisiert, Weltkriegsteilnehmer. 1918 Mitglied des Breslauer Volksrates, von 1919 bis 1933 Stadtverordneter in Breslau, mehrere Jahre Sprecher der SPD-Fraktion. von 1924 bis 1932 Co-Vorsitzender bzw. Vorsitzender des Reichsbanner-Regionalvorstands für Mittelschlesien. Nach mehrtägiger Haft ab 1. März 1933 wurde er freigelassen. Trotz allen Schikanen, denen Juden in Breslau ausgesetzt waren, führte er als in sog. Mischehe Lebender bis zum Novemberpogrom 1938 sein Geschäft weiter. Ab 1939 musste er Zwangsarbeit in Rüstungsunternehmen leisten. Im August 1944 wurde er wegen des Verdachts von Kontakten zu Widerstandsgruppen verhaftet und zuerst ins KZ Groß-Rosen, danach nach Mauthausen verbracht. Dort verstarb er infolge der unmenschlichen Strapazen. Vgl. Müller, *Lassalles Vermächtnis*.

¹² Hans Alexander (1890–1933), SPD, Kaufmann, ab 1914 Weltkriegsteilnehmer, mehrere Auszeichnungen, im April 1918 als Vizefeldwebel ausgeschieden, um 1919 Mitglied im Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten, seit 1924 mit Ausnahme der Wahlperiode vom 4.12.1928 bis 20.01.1930 Ortsvereinsvorsitzender des Reichsbanners. Nach Verhaftung am 1. März 1933 wurde er zuerst in das KZ Breslau Dürrgoy und nach dessen Schließung in das KZ Esterwegen verbracht. Dort wurde er am 2. September 1933 vorsätzlich von zwei SS-Männern erschossen. Sein Leichnam konnte nach Breslau überführt und am 8. September auf dem jüdischen Friedhof, Flughafenstraße unter großer Anteilnahme beigesetzt werden. Vgl. Roland B. Müller, *Hans Alexander i Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold we Wrocławiu od 1924 do 1933 roku*, „Kalendarz Wrocławski“, 46 (2022), S. 387.

Ähnlich verlief es im Regierungsbezirk Liegnitz, d.h. der Region Niederschlesien. Dort ging die Initiative vom SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Buchwitz in Görlitz aus. Die Stadt wurde daher auch Sitz des Regionalverbandes. In der Provinz Oberschlesien war es Franz Erhardt, Abgeordneter der Zentrumsparterie im Reichstag, der in Gleiwitz für die Gründung des oberschlesischen Regionalverbands sorgte¹³. Neben dem Ortsverein in Breslau entstanden damit im Zeitraum Mai/Juni 1924 ebensolche in Gleiwitz, Hindenburg, Liegnitz und Görlitz. Mit dem Engagement von Franz Erhardt war deutlich geworden, dass in Oberschlesien die Zentrumsparterie von Anfang an die prägende politische Kraft im Reichsbanner war, wobei auch in den eigenen Reihen dieser Partei Strömungen bestanden, die sich dagegen richteten.

In allen Gründungsveranstaltungen wurden zuerst wichtige Fragen zum Charakter des Reichsbanners geklärt. Eindeutig war die Ablehnung jeglicher Bewaffnung und Anwendung von Gewalt, so dass trotz einer Uniformierung der Mitglieder von vornherein die Entwicklung des Reichsbanners zu einer milizartigen Formation ausgeschlossen wurde. Öffentliche Aufmärsche, Kundgebungen, Durchführung sogenannter „Republikanischer Tage“ und vielfältige andere Veranstaltungen waren die wichtigsten Kampfformen des Reichsbanners. Durch die Uniformierung wollte man eine besondere Wirkung in den Auseinandersetzungen erreichen und zugleich die Gegner der Republik aus dem Straßenbild verdrängen. Das waren vor allem die offenkundigen Feinde der republikanisch-demokratischen Entwicklung auf der politisch rechten Seite aber auch die Kommunisten.

Eine große Bedeutung hatte der demokratische Charakter der Organisation, indem über alle Aktivitäten sowie die Besetzung von Leitungsfunktionen in Mitgliederversammlungen und durch Wahlen beraten und entschieden wurde. Darin zeigte sich ein grundsätzlicher Unterschied zu den gegnerischen Formationen, in denen Unterordnung und Gehorsam als wichtigste Tugenden galten und demokratische Verfahrensweisen eher verpönt waren. Das unterstrich den militärischen Charakter solcher Organisationen, zu denen auch der „Rote Frontkämpferbund“¹⁴

¹³ Die Gründungen der Regionalverbände in Görlitz für den Regierungsbezirk Liegnitz und in Gleiwitz für die Provinz Oberschlesien wurden im Organ des Reichsbanners „Das Reichsbanner“ durch die Nennung und Angabe der Anschriften der jeweiligen Vorsitzenden bekannt.

¹⁴ Der „Rote Frontkämpferbund“ (RFB) war eine 1924 gegründete und im Mai 1929 reichsweit verbotene Wehrorganisation der KPD. Die Breslauer Regionalformation wurde am 25.02.1925 gegründet und hatte zahlenmäßig bis zu ihrem Verbot nur einen Bruchteil der im Breslauer Reichsbanner organisierten Mitglieder. Vgl. „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vom 15.05.1926.

gehörte. Das Reichsbanner war deshalb nicht mit diesen Gruppierungen vergleichbar, und da es seine Ziele nicht mit Gewalt durchsetzen wollte, auch keine „Wehrorganisation“.¹⁵

Nach der Gründungsversammlung kam es dann zu einem regelrechten Gründungsboom in den Städten und Dörfern Schlesiens. In der kurzen Zeitspanne von Mai bis August 1924 gelang es, im Umfeld Breslaus in Deutsch-Lissa, Brockau, Bankwitz, Neukirch, Obernigk, Oels, Hundsfeld und Carlowitz Ortsgruppen zu gründen. Als zur Feier des Verfassungstages, der am 10. August 1924 begangen wurde, auf dem Platz vor dem Breslauer Schloss 40 000 Republikaner antraten und einmütig ihr Bekenntnis zur demokratischen Republik demonstrierten (**Bild 1**), war das der bis dahin größte Massenaufmarsch in der Stadt nach der Novemberrevolution. Auch in den folgenden Jahren der Weimarer Republik fanden zum Verfassungstag stets Veranstaltungen des Reichsbanners statt.



Bild 1. Breslauer Schloßplatz am 10. August 1924 („Illustrierte Reichsbanner Zeitung“ vom 18.04.1925)

¹⁵ In der Literatur, vgl. z. B. Sebastian Elsbach, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, Stuttgart 2019, wird das Reichsbanner als „Wehrorganisation“ bezeichnet. Dieser Charakterisierung kann sich der Autor nicht anschließen.

Innerhalb der kurzen Zeit bis Dezember 1924 wurden in vielen Orten Schlesiens Reichsbanner Ortsvereine gegründet, ein Jahr später bestanden in Mittelschlesien allein bereits mehr als 140¹⁶. Die „Volkswacht für Schlesien“ (im Folgenden „Volkswacht“), die Regionalzeitung der SPD für Breslau und die nähere Umgebung der Stadt, berichtete allerdings nur von ausgewählten Fällen der Gründungen, bzw. von solchen, über die Korrespondentenberichte vorlagen. Im Jahr 1924 wurde, außer den bereits genannten Breslauer Vorstädten, über folgende Gründungen berichtet:

Tabelle 1: Ortsvereinsgründungen 2. Halbjahr 1924 (Auswahl)

15.07.1924	Neisse		19.09.1924	Friedland
22.07.1924	Neurode		21.09.1924	Bernstadt
26.07.1924	Groß-Tschansch		21.09.1924	Bankwitz
27.07.1924	Groß Mochbern		21.09.1924	Landeck
07.08.1924	Mangschütz		21.09.1924	Tarnowitz
23.08.1924	Kattern		27.10.1924	Schweidnitz
06.09.1924	Wansen		02.11.1924	Herrmannsdorf
08.09.1924	Münsterberg		09.11.1924	Steine
09.09.1924	Strehlen		15.11.1924	Treschen
14.09.1924	Steinau		22.11.1924	Michowitz (OS)

(Die Daten der Gründungen wurden jeweils aus Berichten der „Volkswacht“ entnommen.)

In der östlichen Nachbarregion Niederschlesien (Regierungsbezirk Liegnitz) war es unter anderem zum Zusammenschluss des Reichsbanners mit 68 Ortsgruppen der demokratisch-republikanischen Veteranenorganisation mit dem Namen „Neuer Stahlhelm“ gekommen.

Das plötzliche Auftreten und rasante Wachsen des Reichsbanners in Schlesien führte dazu, dass der bisher vielfach dominierend „Stahlhelm“ sich mit der Verbreitung von Lügen, antisemitischen Verleumdungen, Hassbotschaften und auch zunehmend mit Gewalttaten gegen das Reichsbanner wandte. Zu den ersten Nachrichten darüber aus Schlesien gehörten die über eine Prügelei am 11. September 1924 in Steinau zwischen einer Reichsbanner- und einer „Stahlhelm“-Marschformation sowie über die handgreifliche Auseinandersetzung in Striegau am 26. Oktober

¹⁶ Vgl. „Volkswacht“ vom 22.06.1925. Im Bericht über das Fest anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung des Regionalverbandes wurden 141 Ortsvereinsfahnen erwähnt. Dabei besaßen aber noch nicht alle Ortsvereine eine eigene Fahne.

1924 mit über 50 zum Teil schwerverletzten Personen, die als „Striegauer Blutsonntag“ bekannt wurde¹⁷. Das 1925 daraufhin durchgeführte Gerichtsverfahren ließ erkennen, dass gewisse Teile der Justiz parteiisch zugunsten der rechtsradikalen Kräfte urteilten¹⁸. Der schwerwiegendste Fall von Gewaltaktionen gegenüber dem Reichsbanner im Jahr 1924 ereignete sich am 6. Dezember. An diesem Tag wurde in Bankwitz am Fuße des Zobten der Reichsbannerkamerad und kriegsverletzte Landarbeiter Heinrich Bräuer von „Stahlhelm“-Männern erschlagen¹⁹. Er war deutschlandweit das erste Reichsbannermitglied auf der Liste der Mordopfer bis Februar 1933.

Der weitere Aufbau der Reichsbanner-Organisation setzte sich auch in Schlesien unvermindert fort. Neue Ortsvereine entstanden und Aufmärsche, öffentliche Weihen der Ortsvereinsfahnen, Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Kameraden, bei denen mit schwarz-rot-goldenen Schleifenbändern verzierte Kränze an Kriegerdenkmälern niedergelegt wurden²⁰, sorgten dafür, dass das Reichsbanner immer mehr zum Straßenbild gehörte und damit die gegnerischen Formationen verdrängte.

Als es im Jahr 1925 nach dem plötzlichen Tod Friedrich Eberts²¹ zu einem Wahlkampf um das Reichspräsidentenamt kam, war das Reichsbanner aktiv beteiligt. Während im ersten Wahlgang wegen des überparteilichen Charakters das Reichsbanner die Mitglieder lediglich dazu aufgefordert hatte, einen der drei republikanischen Kandidaten zu wählen, stand die Organisation im zweiten Wahlgang geschlossen hinter dem Zentrumsolitiker Wilhelm Marx, dem gemeinsamen Kandidaten der drei republikanischen Parteien. Von den Rechts-Parteien war Paul von Hindenburg als angeblich unparteiischer, über den politischen Ränken stehender Mann aufgestellt worden, der im ersten Wahlgang nicht angetreten war. Sein Wahlkampf wurde durch die im Hintergrund agierenden industriellen und

¹⁷ Vgl. „Volkswacht“ vom 28.10.1924, „Der Blutsonntag von Striegau“. Siehe auch: Marek Czaplinski, *Strzegomska krwawa niedziela – błąd władzy, zaplanowane starcie czy wynik „psychologii tłumu“?*, „Studia Śląskie“, 57 (1998), S. 239–256.

¹⁸ Das Gerichtsverfahren in Schweidnitz vom 9. März bis 4. April 1925, u.a. in Berichten im „Striegauer Anzeiger“ geschildert, offenbarte erst den Hergang und gesamten Umfang der Ereignisse.

¹⁹ Vgl. *Der Stahlhelm als Mörder*, „Volkswacht“ vom 09.12.1924.

²⁰ Die Rolle der früher in Schlesien weit verbreiteten Kriegerdenkmäler im Gedenken und bei Anti-Kriegskundgebungen des Reichsbanners bedarf noch weiterer Untersuchungen.

²¹ Friedrich Ebert (1871–1925) war der erste deutsche Reichspräsident. Als Sozialdemokrat war er zum personifizierten Angriffsziel der Gegner der republikanisch-demokratischen Entwicklung geworden.

aristokratisch-agrarischen Förderer mit Mitteln unterstützt, die der republikanischen Seite mit dem Reichsbanner in diesem Umfang nicht zur Verfügung standen. Diese Tatsache sowie die Stimmen, die für den von vornherein chancenlosen Zählkandidaten der KPD, Ernst Thälmann, abgegeben wurden, hatten einen möglichen Wahlsieg der republikanischen Seite am 26. Mai 1924 verhindert. Dadurch waren aber auch die Gräben zwischen der im Reichsbanner organisierten Arbeiterschaft und den kommunistischen Proletariern tiefer geworden, die Thälmanns in Breslau am 16. März 1925 ausgegebener Parole „Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als im Dreck der Demokratie zu verkommen!“ befolgt hatten²². Andererseits konnten es jedoch zumindest die mittel- und oberschlesischen Regionalverbände des Reichsbanners als den Erfolg ihrer Wahlkampfarbeit verbuchen, dass in diesen beiden Stimmbezirken, den einzigen von Mittel- und Ostdeutschland, mehr Stimmen für den Republikaner Wilhelm Marx als für Hindenburg abgegeben worden waren²³.

Durch den Wahlkampf war fast ein wichtiges Ereignis untergegangen, der 100. Geburtstag Ferdinand Lassalles. Dieser wurde mit einer würdigen Veranstaltung im Breslauer Gewerkschaftshaus und einem eindrucksvollen Defilee am Grab Lassalles auf dem jüdischen Friedhof an der Lohe-Straße begangen (**Bild 2**). Sicherlich wäre die Resonanz bei den republikanischen Parteien und Organisationen in Breslau noch weitaus stärker gewesen, wenn der aktuelle Wahlkampf nicht alles überschattet hätte. Dabei war gerade Lassalles Position zur Bedeutung demokratischer Wahlen eines der wesentlichsten verbindenden Elemente für die drei republikanischen Parteien, auch wenn er damit nur der Sozialdemokratie den Weg zur Macht beschrieben hatte²⁴.

²² Ernst Thälmann in Breslau, „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vom 16.03.1925.

²³ Hindenburg gewählt. Der Wahltag in Breslau, „Breslauer Zeitung“ vom 27.05.1924; Ein Aufruf des Reichsbanners sowie, „Breslauer Zeitung“ vom 27.05.1924.

²⁴ Jährliche Besuche zum Todestag am 31. August am Grab von Ferdinand Lassalle (11.04.1825–31.08.1864) gehörten zur Tradition der Breslauer Republikaner, aber insbesondere der Sozialdemokraten. In den Jahren von 1924 bis 1932/3 beteiligten sich daran auch zahlreiche Reichsbanner-Mitglieder- und Funktionäre. Als parteipolitisch den drei Trägerparteien SPD, Zentrums- und Deutscher Demokratischer Partei gleichermaßen verbunden, trat das Reichsbanner als Organisation bei den von der SPD veranstalteten Trauerfeierlichkeiten erst 1931 mit auf. (Vgl. „Volkswacht“ vom 01.09.1931.)

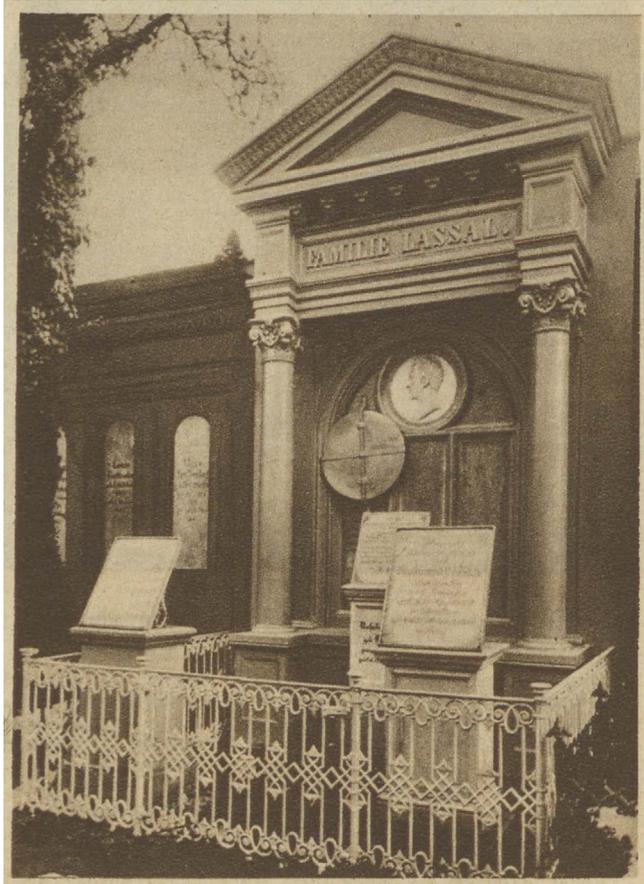


Bild 2. Lassalles Grab („Illustrierte Reichsbanner Zeitung“ vom 18.04.1925)

Die außergewöhnlich gute Entwicklung der drei schlesischen Regionalverbände des Reichsbanners war bis dahin nicht absehbar gewesen. Stiftungsfeste, Banner- und Fahnenweihen belegen eine intensive Gründungsphase, so dass gegen Ende 1925 das Reichsbanner in Schlesien nahezu flächendeckend vertreten war. Beispielsweise fanden am 9. und 10. Mai 1925 jeweils in Lüben, Oels und Grünberg Fahnenweihen statt, in Grünberg allein mit 2000 Reichsbannerkameraden. Auch in Oberschlesien waren viele Ortsvereine gegründet worden, z.B. allein am 27. September 1925 in Falkenberg, in Friedenthal-Gießmannsdorf und in Deutsch-Masselwitz. Außerdem fand an diesem Tag in Mikultschütz ein „Republikanischer Tag“ statt, an dem etwa 1000 Reichsbannerkameraden teilnahmen. In Beuthen feierte der Ortsverein am 4. Oktober 1925 mit einem großartigen Kulturprogramm das einjährige Jubiläum.

5. Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung.

Die Ende des Jahres 1925 erhobenen Forderungen der ehemals in den deutschen Ländern regierenden Fürstenhäuser nach Entschädigungen für enteignete Besitztümer bzw. zur Rückgabe von Immobilien und vor allem Kunstgegenständen rief unter großen Teilen der Republikaner, ganz besonders aber unter den Sozialdemokraten, eine gewaltige Protestwelle hervor. In der Folge kam es zu einer Volksbefragung und anschließend zu einem Volksentscheid, die beide im ersten Halbjahr 1926 das politische Leben deutlich bestimmten. In Schlesien positionierten sich die drei Regionalverbände aktiv und deutlich für die strikte Ablehnung der Fürstenforderung und für ein gesetzlich geregeltes Enteignungsverfahren. Dabei spielte der zur Schau gestellte Reichtum der beiden in Schlesien ansässigen Angehörigen früherer Herrscherfamilien, des ehemaligen preußisch-kaiserlichen Kronprinzen in Oels und des ehemaligen sächsischen Königs in Sibyllenort, eine nicht unwesentliche Rolle. Neben den rechten Parteien, die die Enteignungsforderungen als unrechtmäßigen Eingriff in das in der Verfassung verankerte Recht auf Eigentum ansahen und daher das Reichsbanner heftig attackierten, gehörte auch das selbst nicht von den akuten Enteignungsforderungen betroffene schlesische Junkertum zu den stärksten Unterstützern der Fürstenforderungen bzw. zu den entschiedensten Gegnern jeglicher Maßnahmen wie eines Volksentscheides. Die Fürstenforderungen konterkarierten aber die besonders in Schlesien grassierende Wirtschaftskrise, das Arbeitslosenheer und die zahlreichen Selbsttötungen verzweifelter Kleinrentner und Invaliden.

Auf Grund dieser Lage ergab sich, dass der Ortsverein Breslau und die drei schlesischen Regionalverbände des Reichsbanners im Kampf gegen die Forderungen der Fürsten nach hohen Abfindungen ganz besonders aktiv wurden. Der mittelschlesische Verband und der Breslauer Ortsverein mussten dabei auf Grund der nicht bestehenden Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei keine Rücksicht auf deren rechtliche Bedenken gegen die Enteignungsforderungen nehmen und konnten im Januar 1926 auf der ersten großen Protestversammlung die Forderungen der deutschen Fürsten als geplanten Raubzug sehr scharf attackieren²⁵. Gleichermäßen gab es in allen Städten und vielen Dörfern vom Reichsbanner organisierte Kundgebungen gegen die Fürstenforderungen, wie die in Freiburg, Nimptsch, Sprottau, Küpper und Muskau. Aber auch Murow, Neustadt, Falkenberg, Mikultschütz und

²⁵ Vgl. *Gegen den unverschämten Raubzug der Fürsten*, „Volkswacht“ vom 16.01.1926.

Beuthen waren Schauplätze großer Protestveranstaltungen des Reichsbanners, insgesamt handelte es sich in Schlesien um eine nahezu unüberschaubare Zahl von Einzelaktivitäten. Dabei kam es oft zu direkten Konfrontationen mit Gutsherren oder ihren Verwaltern, die mit vielerlei Maßnahmen das Volksbegehren und danach den Volksentscheid erschwerten oder manchmal sogar gänzlich verhinderten. Trotz aller Gegenaktivitäten schlesischer Landadliger wurden im Frühjahr 1926 in Kiefernstädtel, Studzienna, Wundschütz, Wierschy, Friedrichsgrätz, Proskau, Kranowitz, Bauerwitz und Dombrowka neue Reichsbanner-Ortsgruppen gegründet.

Nachdem das Volksbegehren im März außerordentlich erfolgreich abgelaufen war, gab es besonders in Breslau und Schlesien große Erwartungen, dass auch der Volksentscheid am 20. Juni 1926 Erfolg haben würde. Das reichsweite Ergebnis brachte jedoch eine Niederlage, da nicht die erforderliche Zustimmung von 50% aller Abstimmungsberechtigten für das vorgesehene Gesetz erreicht wurde. Immerhin standen in Breslau (Stadtkreis) den 153.650 Stimmen für eine entschädigungslose Enteignung gerade mal 10.269 ablehnende gegenüber.²⁶ Dieses Ergebnis bedeutete trotz der Niederlage eine Stärkung der Reichsbanner-Bewegung in Schlesien.

Wenige Tage nach dem Volksentscheid wurde am 28. Juni 1926 in Breslau auf offener Straße der Reichsbanner-Mann Felix Doktor²⁷ von einem „Stahlhelm“-Mitglied erschossen. Der Mord sorgte für große Empörung und vielfältige Demonstrationen. Obwohl die Tatumstände durch Zeugen sehr klar geschildert werden konnten und offenkundig waren, gelang es der Täterseite, die Geschehnisse umzudeuten und schließlich eine Notwehrsituation zu konstruieren, worauf es zur Freilassung des Todesschützen kam. Diese Entwicklung rief zusätzliche Proteste auch außerhalb Breslaus hervor. Die bei der Strafverfolgung offensichtlich gewordene Parteilichkeit der Justiz zugunsten des Täters wies aber nachdrücklich auf eine Gefahr für die Republik hin, die sich daraus ergab, dass diejenigen zu wenig geschützt und geachtet wurden, die für sie eintraten²⁸.

Trotz allem bestand jedoch 1926 im Breslauer Ortsverein und auch im Regionalverband großer Optimismus dahingehend, dass die Republik gefestigt ist und die Gegner erfolgreich zurückgedrängt werden. Die zahlenmäßig großen

²⁶ Vgl. *Gesamtergebnis von Breslau-Stadt*, „Volkswacht“ vom 21.06.1926.

²⁷ Felix Doktor (1873–1926), SPD, Weltkriegsteilnehmer, Börsendiener, verheiratet mit Anna geb. May und Vater von fünf Kindern. Vgl. „Volkswacht“ vom 30.06.1926, Todesanzeigen und Nachrufe.

²⁸ Vgl. *Protest gegen den Freispruch Magieras*, „Das Reichsbanner“ vom 01.01.1927.

Aufmärsche und Kundgebungen des Reichsbanners schienen die Einschätzung zu bestätigen, dass es „die Straße beherrscht“. Zugleich sorgte aber die sich zuspitzende soziale Notlage großer Teile der Bevölkerung für eine immer aggressiver werdende Schuldzuweisung durch die Rechts-Parteien. Sie warfen den Republikanern, vor allem den Sozialisten, aber ganz besonders den Juden vor, mit der Revolution von 1918 Vaterlandsverrat begangen zu haben und damit für die Folgen und die herrschende Not verantwortlich zu sein. In Breslau richtete sich der Hass der Deutsch-Nationalen und der anderen antisemitisch eingestellten Gruppen direkt gegen die jüdischen Mitglieder im Reichsbanner. Mit der Propagandathese vom jüdisch finanzierten Reichsbanner, das tatsächlich jedoch nur aus Mitgliedsbeiträgen bestritten wurde und sich daher grundsätzlich von den Gegnern auf der rechten politischen Seite und deren Unterstützern in der Industrie usw. unterschied, wurde zusätzlich Wut geschürt. Dagegen sollte, so die Monarchisten und der „Stahlhelm“, die Rückkehr zu alten Machtstrukturen, verbunden mit einer neuen starken Armee, wieder zu besseren Zeiten führen. Aber auch gegen die KPD mit dem Roten Frontkämpferbund (RFB) musste sich das Reichsbanner stellen, wobei der Breslauer RFB zahlenmäßig im Vergleich zum Reichsbanner nahezu unbedeutend war.

6. Innere Auseinandersetzungen und Hindenburgbesuch

Etwa ab 1927 wurden aber auch besonders in der Breslauer SPD Tendenzen der Radikalisierung erkennbar, die sich auf das mittelschlesische Reichsbanner auswirkten. Es machte sich im Breslauer SPD-Ortsverein zunehmend ein linker Flügel unter Ernst Eckstein bemerkbar, der Forderungen nach radikaleren Kampfformen aufstellte und sich von der auf Aufrechterhaltung der Demokratie gerichteten Koalitions-Regierungspolitik der SPD-Führung und der SPD-Fraktion im Reichstag abgrenzte²⁹. Dieser Flügel besaß besonders unter Parteifunktionären und Teilen der Partei-Jugendorganisation, die auch in Jugendbannern des Reichsbanners verankert war, großen Anhang. Infolgedessen musste sich das Breslauer Reichsbanner auch mit diesen Problemen auseinandersetzen. Der Reichsbanner-Ortsverein geriet ganz besonders in dieses Spannungsfeld, weil ein Breslauer Jungbanner sich als nur sozialistische Kampforganisation erklärte und nicht mehr

²⁹ Vgl. Ernst Eckstein, *Das Ende der Koalitions-Politik*, „Volkswacht“ vom 03.02.1927.

den überparteilichen Charakter respektieren wollte. Der Konflikt führte dazu, dass dieses Jugendbanner aus dem Breslauer Ortsverband ausgeschlossen wurde³⁰.

Das Jahr 1928 brachte im Frühjahr mit der Erweiterung des Stadtgebietes von Breslau auch für das Reichsbanner neue organisatorische Aufgaben, die einen über längere Zeit andauernden Umstrukturierungsprozess im Breslauer Ortsverein, aber auch in den Ortsgruppen der umliegenden Landkreise zur Folge hatte. Beim Wahlkampf zur Stadtverordnetenversammlung, dem Landtag und dem Reichstag am 20. Mai 1928 verhielt sich das Breslauer Reichsbanner neutral und leistete nur gelegentliche Saalschutzdienste. Das Landtagswahlergebnis war insofern von Bedeutung, weil die DDP große Verluste erlitten und auch der Regionalverbandsvorsitzende Erich Herrmann sein DDP-Landtagsmandat und damit die herausgehobene Stellung in der Partei verloren hatte. Dennoch erreichte die Reichsbanner-Bewegung in Breslau im Sommer des Jahres 1928 einen weiteren Höhepunkt mit ihren Aufmärschen, die zur Einschätzung führten, dass man es nun nicht mehr nötig hat, zu bitten, sondern selbstbewusst von der Regierung etwas fordern kann³¹. Man ging davon aus, dass die Republik durch die Stärke des Reichsbanners gesichert sei. Mit der Beteiligung des Reichsbanners an einer Antikriegskundgebung der SPD in Breslau, in der es um die Propagierung guter Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ging, hatte der Ortsverein auch eine klare Position in diesem Sinne bezogen³². Insgesamt war diese Entwicklungsphase des Breslauer und mittelschlesischen Reichsbanners von vielen sogenannten „wuchtigen“ Auftritten geprägt, die angesichts der erreichten zahlenmäßigen Übermacht ein Gefühl der Überlegenheit und des Erfolgs im Kampf mit den Gegnern der Republik, darunter insbesondere dem „Stahlhelm“, erzeugt hatte.

Im Herbst 1928 führte der Reichspräsident Hindenburg eine Rundreise durch Schlesien durch. Neben Visiten in Oberschlesien sollte der Besuch in Breslau ein Höhepunkt sein, denn der Magistrat der Stadt hatte sich nach vielen Bedenken durchgerungen, Hindenburg die Ehrenbürgerschaft zuzuerkennen. Das war mit der Hoffnung verbunden, dass der etwas zur Linderung der großen sozialen Not

³⁰ Vgl. *Das Reichsbanner an den Ausschuss der Niederschlesischen Zentrumspartei*, „Volkswacht“ vom 22.07.1926.

³¹ Vgl. *Für den Verfassungstag. Kundgebung des Reichsbanners*, „Volkswacht“ vom 11.07.1928.

³² Vgl. *Frieden im Osten. Massenkundgebung der Breslauer Arbeiter gegen Krieg und Kriegsgefahr*, „Volkswacht“ vom 06.08.1928.

beitragen könne³³. Der daraufhin für den am 18. und 19. September 1928 ange-setzte Besuch führte die Vorstände des Breslauer Orts- und des mittelschlesischen Reichsbanner-Regionalverbandes in eine Konfliktsituation mit schwerwiegenden Folgen. Bei der Frage, ob sich das Reichsbanner am Empfang des Staatsoberhauptes beteiligen sollte, sah die Mehrheit der Mitglieder in Hindenburg vor allem den Ehrenvorsitzenden des „Stahlhelms“, mit dem man jede Gemeinsamkeit ablehnte. Deshalb und befördert durch die starke Linksorientierung des Breslauer SPD-Partei-vorstands mit dessen Konfrontationskurs zu Reichstagsfraktion und Parteivorstand beschlossen die beiden Leitungen in Breslau am 4. Juli 1928, den Hindenburg-Besuch zu boykottieren. Damit richteten sie sich gegen die eindeutige Vorgabe der Bundesleitung des Reichsbanners, das Amt des demokratisch gewählten Reichspräsidenten ungeachtet aller Kritik an der Person zu achten und zu respektieren. Warnungen, nicht den Gegnern der Republik das Feld zu überlassen, wurden überhört. Weder die harsche Kritik seitens des Bundesvorsitzenden Otto Hörsing, noch, dass die Reichsbannervorstände in Ober- und Niederschlesien bei aller Kritik an Hindenburg die Breslauer Entscheidung nicht mittrugen, führte zur Änderung der Entscheidung des mittelschlesischen Regionalverbandes. Außerhalb des linken Flügels der SPD in Breslau gab es dafür kein Verständnis. Insbesondere das Zentrum und die DDP distanzieren sich von dieser Haltung. Selbst der „Reichsbund Jüdischer Frontkämpfer (RJF)“ nahm an der Begrüßung Hindenburgs bei seiner Fahrt durch die Stadt teil.

Dass die kompromisslose Stellungnahme der Reichsbanner-Leitungen in Breslau „wie eine Bombe einschlagen“³⁴ würde, war zu erwarten. Damit, dass jedoch bereits am 7. September 1928, noch vor dem in Frage stehenden Besuch, die beiden Vorsitzenden des Regionalverbandes ihren Rücktritt erklärten, hatte man aber nicht gerechnet³⁵. Erst mehrere Wochen nach dem Besuch des Reichspräsidenten wurde im Dezember ein neuer provisorischer Vorstand berufen, in dem Hugo Frey, der bisherige SPD-Vertreter, bestätigt und Erich Herrmann, der bisherige DDP-Vertreter, durch Anton Rostkowski, ebenfalls DDP-Mitglied, ersetzt wurde. Auch der Ortsverein war von den Auswirkungen der Entscheidung

³³ Vgl. Roland B. Müller, *Otto Wagner (1877–1962) im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur*, Leipzig 2012, S.277f.

³⁴ Vgl. *Das Reichsbanner empfängt Herrn Hindenburg nicht*, „Volkswacht“ vom 28.08.1928. In diesem Artikel wird über eine Versammlung des Breslauer Ortsvereins berichtet, in der der Leitungsbeschluss vom 4. Juli 1928 ausführlich diskutiert wurde.

³⁵ Vgl. *Hindenburg*, „Das Reichsbanner“ vom 16.09.1928.

betroffen, den Hindenburg-Besuch zu boykottieren, weil sich auf der turnusmäßigen Generalversammlung im Dezember 1928 der Vorsitzende Hans Alexander, der den Hindenburg-Boycott mitgetragen hatte, ebenfalls nicht zur Wiederwahl stellte. Jedoch schon im Januar 1930 waren Erich Herrmann und auch Hans Alexander wieder Mitglieder im Vorstand von Regionalverband bzw. Ortsverein, denn es war unbestritten, dass der erfolgreiche Aufbau des Breslauer und mittelschlesischen Reichsbanners ihr Verdienst war und sie es auch in anerkannter Weise geführt hatten. Allerdings waren Erich Herrmann und Anton Rostkowski aus der DDP ausgeschieden und SPD-Mitglieder geworden. Damit hatte die DDP keinen Vertreter mehr in der Leitung des Breslauer und mittelschlesischen Reichsbanners. Formal wurden zwar je ein Platz für die DDP und für die Zentrumsparterie im Regionalvorstand freigehalten, um die Überparteilichkeit des mittelschlesischen Reichsbanners zu betonen, aber faktisch dominierte die SPD. In Oberschlesien blieb die Zusammenarbeit der drei Trägerparteien des Reichsbanners dagegen bestehen.

7. Die erstarkende NSDAP

Im Frühjahr 1929 wurden die schlesischen Reichsbanner-Regionalverbände und Ortsvereine damit konfrontiert, dass nun immer stärker die NSDAP und ihre Unterorganisation, die SA, in Erscheinung traten. Zugleich verschärfte sich im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise die soziale Notlage weiter und machte in dieser Beziehung Breslau zum Spitzenreiter für soziale Probleme in Deutschland. Diese Lage war ständig Anlass zu neuen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Dennoch wurde auf einer Reichsbannerkundgebung im April 1929 noch von Paul Löbe³⁶ eingeschätzt, dass das Reichsbanner die Herrschaft der rechts- und linksradikalen Kräfte gebrochen habe³⁷.

Allerdings verfestigte sich zu dieser Zeit auch der Konfrontationskurs des linken Flügels in der SPD-Stadtorganisation zum Parteivorstand in Berlin weiter. Dagegen bedeutete die Wahl des als sehr besonnen geltenden Breslauer SPD-Funktionärs Karl Mache am 2. Mai 1929 zum Bürgermeister und Stellvertreter des

³⁶ Paul Löbe (1875–1967), SPD, war von 1904 bis 1920 Stadtverordneter in Breslau, von 1919 bis 1933 Mitglied des Reichstages sowie zwischen 1924 und 1933 dessen Präsident.

³⁷ Vgl. *Republikanische Kundgebung des Reichsbanners – Eine Rede Löbes*, „Breslauer Zeitung“ vom 22.04.1929.

Oberbürgermeisters eine Stärkung der moderaten Kräfte in der Breslauer SPD und gleichermaßen beim Reichsbanner. Die Vorstände von Reichsbanner Orts- und Regionalverband folgten dem SPD-Parteiflügel unter Karl Mache. Das zeigte sich u.a. an der Teilnahme des Reichsbanners an einer gemeinsamen Verfassungsfeier mit den bürgerlichen Parteien im August 1929, die vom linken Parteiflügel abgelehnt worden war. Im Zuge dieser Auseinandersetzung kam es aber zu einer stärkeren Zusammenarbeit des Reichsbanners mit den Gewerkschaften und dem Arbeitersport, da die Leitungen dieser beiden Organisationen, die mit dem SPD-Parteivorstand traditionell eng verbunden waren, die zunehmende Linkstendenz nicht mehr mittragen wollten. In ganz Schlesien hatte u.a. die von der Regierung des Bundeslandes Preußen 1928 verfügte Auflösung der Gutsbezirke erhebliche Auswirkungen. Neben den Veränderungen der administrativen Strukturen waren es vor allem zusätzliche Spannungen und Konflikte mit Anhängern der betroffenen schlesischen Gutsbesitzer, die sich gegen das Erstarken des Reichsbanners und dessen Agitation in den ländlichen Gebieten wehrten.

Der politische Kampf spitzte sich im Herbst 1929 wieder zu und es ging in erbittert geführten Auseinandersetzungen um Sitze und Prozente in den Kommunal- und Provinzialparlamenten bei der Wahl am 16. November 1929 über. Die hochgesteckten Erwartungen der SPD bezüglich der neuen Stadtverordnetenversammlung erfüllten sich jedoch nicht, obwohl sie weiterhin die stärkste Fraktion stellte. Auch der Vorsitzende der Leitung des Reichsbanner-Regionalverbands Hugo Frey war weiterhin einer der Sprecher der SPD in der Versammlung, aber die rechten Parteien konnten Zugewinne verbuchen. Die NSDAP blieb in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung jedoch bedeutungslos³⁸.

Der Reichsbanner-Ortsverein konnte aber mit sechszehn großen Kundgebungen und Aufmärschen, von Aktivitäten der einzelnen Formationen (Banner) ganz abgesehen, eine positive Bilanz ziehen. Daran hatte eine neue Abteilung „S“ (Saalschutz- und Ordnerdienst) des Reichsbanners einen nicht unwesentlichen Anteil. Angesichts der im Wachsen befindlichen Hitlerbewegung herrschte aber allgemein die Meinung, dass zuerst die Ursache für den Zulauf zur NSDAP, die ungeheure soziale Notlage, beseitigt werden müsse, die in Breslau am Jahresende 1929 einen

³⁸ An der Stadtverordnetenwahl hatten 302.337 Stimmberechtigte teilgenommen. Davon hatten 9.729 (3,2%) Kandidaten der NSDAP ihre Stimme gegeben. Die Fraktion mit 3 Mitgliedern blieb völlig wirkungslos. Vgl. „Breslauer-Gemeindeblatt“ vom 1.12.1929.

neuen Höhepunkt erreicht hatte³⁹. Die fast täglichen kleinen oder größeren Auseinandersetzungen mit den Nazis und die immer offenkundigere Rechtslastigkeit der Justiz wurden von vielen bereits mehr als zu akzeptierende Normalität, denn als Anzeichen einer gefährlichen Entwicklung angesehen. Das Ende der Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller nahm man auch im Reichsbanner eher als Erleichterung wahr, als dass der endgültige Verlust des sozialdemokratischen Einflusses auf die Machtpositionen im Staat bedauert wurde.

Beim „Stahlhelm-Tag“ in Breslau am 31. Mai und 1. Juni 1930 wurde deutlich, dass das Reichsbanner nicht mehr allein die Straßen der Stadt dominierte. Auch der vom Reichsbanner durchgeführte Fackelzug mit Zapfenstreich sowie ein Volksfest im Luna-Park anlässlich der 1930er Reichsbanner-Regionalkonferenz waren in Breslau keine herausragenden Ereignisse mehr. Aber schon Mitte Juli 1930, als der Wahlkampf zur Reichstagswahl am 14. September eröffnet wurde, setzte im Breslauer Reichsbanner wieder eine hoffnungsvolle Aufbruchstimmung ein. Inzwischen war jedoch in der Wählerschaft ein gewaltiger Stimmungsumschwung eingetreten, der mit dem Wahldesaster bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 für die SPD und auch für das Reichsbanner offenkundig wurde⁴⁰. Es musste im Regierungsbezirk Breslau bzw. in der Stadt eine bisher unvorstellbare Zunahme der Stimmen für die Nationalsozialisten, ein erschreckender Zulauf für die Kommunisten sowie ein großer Stimmenverlust für die SPD festgestellt werden. Damit hatte man in der SPD und im Reichsbanner keineswegs gerechnet. Nun konnte man das Debakel nicht wie bisher nur auf politisch indifferente Angestellte und in Armut gefallene Mittelständler zurückführen, sondern musste eingestehen, dass viele aus den Reihen der Arbeiterschaft Wähler der NSDAP geworden waren. Zu den Ursachen für den Wählerschwund der SPD aus der Arbeiterschaft gehörten zweifellos die Notlage, die von der durch die SPD tolerierten Regierung nicht behoben werden konnte und die Propaganda der NSDAP, die diesen Umstand ausnutzte und den Notleidenden aus allen Bevölkerungskreisen Arbeit sowie ein

³⁹ Die besonders dramatische Notsituation Ende 1929 für sehr große Teile der Bevölkerung spiegelt sich auch in den Akten des Magistrats Breslaus: Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Akta miasta Wrocławia, z.B. Nr. 12.954.

⁴⁰ Diese Wahl brachte für die NSDAP im Reichstag einen plötzlichen Aufstieg von 2,6% im Jahr 1928 auf 18,3%. Sie stellte damit nach der SPD mit 24,5% (1928: 29,3%) die zweitstärkste Fraktion. In Oberschlesien blieb aber die Zentrumsparlei mit 35,2% die stärkste Partei. Vgl. *Die Wahlen der Verzweiflung*, „Volkswacht“ vom 15.09.1930.

besseres Leben versprach. Ausgewirkt hatte sich aber auch, dass sich SPD und Reichsbanner zu wenig um den Mittelstand und das liberale Bürgertum kümmerten. Die Folge davon war, dass aus dieser Schicht viele Wähler entweder der Wahl fernblieben oder erfolgreich von den Rechtsparteien geworben wurden.

8. Wachsende Bedrohung

Nach der Septemberwahl 1930 hätte Hitler mit seiner NSDAP nur noch Koalitionspartner benötigt, um mit einer Mehrheit im Reichstag die Regierung zu übernehmen. Aber noch war keine der anderen bürgerlichen Parteien dazu bereit, eine Partnerschaft mit der NSDAP einzugehen. Da jedoch auch die demokratischen Parteien keine Mehrheit hatten, und ein Zusammengehen mit der KPD ausschied, schien es der SPD geraten, die Regierung Brüning zu tolerieren ohne ihr direkt beizutreten, um so den Einzug Hitlers in die Machtzentralen des Staates zu blockieren. Die unmittelbare Gefahr der Machtübernahme durch die NSDAP war aber weiterhin akut. Denkbar war ein Putsch, obwohl Hitler stets verkündet hatte, diesen Weg nicht beschreiten zu wollen. Trotzdem schien es dem Reichsbanner geraten, weitere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Deshalb erließ der Bundesvorstand des Reichsbanners einen Aufruf zum Aufbau besonderer Schutzformationen, die als „Schufo“ bezeichnet wurden. Auch in Schlesien und zuerst in Breslau war man diesem Aufruf gefolgt und nach einer, auch für die Gegner beeindruckenden einmaligen großen Parade dieser besonders ausgerüsteten Formationen, entstand kurzzeitig erneute Siegeszuversicht. Dennoch musste festgestellt werden, dass die Nationalsozialisten, in deren Reihen sich inzwischen immer mehr Arbeiter befanden, die Straßen weitgehend dominierten und dass die Lage sehr ernst war.

Diese Erkenntnis bestätigte sich am 2. Dezember 1930, als sich wenige Kilometer vom Breslauer Stadtzentrum entfernt im Jäschkowitz Rittergut eine als harmloses Schlachtfest ausgegebene Veranstaltung als Sammelstätte von über 350 Nationalsozialisten mit einem großen Waffenlager entpuppte⁴¹. Es war für das Reichsbanner eine bittere Erfahrung, derartiges nicht verhindern zu haben, zugleich musste man sich eingestehen, auch künftig ähnliches nicht verhindern zu können. Es war offensichtlich, dass Jäschkowitz für eine neue Qualität der Hitler-Bewegung stand, die sich auf die Machtübernahme einrichtete.

⁴¹ Über diesen Stützpunkt der Nationalsozialisten berichteten alle republikanisch orientierten Zeitungen, die „Volkswacht“ am 03.12.1930 mit „Nazi-Feldlager ausgehoben“.

In dieser Zeit verschlechterte sich vor allem die soziale Notlage der Arbeiter, Rentner und Arbeitslosen immer mehr, weil auch die neue Reichsregierung zur Stärkung der Wirtschaft drückende Reparationen auf die Bevölkerung abwälzte. Da die Kommunisten schnellere und konsequentere Lösungen der Probleme versprachen, verschärfte das den Wettbewerb um die Wählergunst. Zugleich sah sich der linke Flügel der Breslauer SPD in seiner Position bestätigt, aggressiver aufzutreten und alle Tolerierungen einer Reichspolitik abzulehnen, die letztlich zur Verschlechterung der Lebenslage eines immer größer werdenden Bevölkerungsteils führen würde. In diesem Zusammenhang verlangte Ernst Eckstein, das Reichsbanner endgültig und ausschließlich als sozialistische Kampforganisation zu entwickeln. Das wurde jedoch sowohl vom Bundesvorstand als auch vom Reichsbanner Orts- und Regionalbereichsvorstand zurückgewiesen. Karl Mache argumentierte, dass nur durch eine Zusammenarbeit mit den republikanischen Kräften in der DDP/DStP und Zentrumspartei Erfolgchancen im Kampf gegen die Nationalsozialisten bestehen, zumal man damit rechnen müsse, dass sich die politische Lage weiter verschlechtern könne. Allerdings gab es weiterhin in Breslau seitens der anderen beiden Parteien keinerlei Anzeichen, sich offiziell am Reichsbanner zu beteiligen.

Ab Februar 1931 arbeitete der linke Parteiflügel der Breslauer SPD unter Ernst Eckstein gezielt daran, den gemäßigten Flügel unter Karl Mache auszuschalten und das Reichsbanner unter seine Kontrolle zu bekommen. Da jedoch diese Versuche scheiterten, ließ er am 3. Juli 1931 als Organe des SPD-Parteivorstandes in Breslau „Schutzstaffeln“⁴² bilden. Damit spaltete er die gegen die Feinde der Republik ankämpfenden Kräfte, wenngleich die Mitgliederzahl der „Schutzstaffeln“ sehr niedrig gegenüber dem inzwischen durch die Eingemeindung auf über 30 Banner angewachsenen Breslauer Reichsbanner Ortsverein war.

Dem Anspruch auf die Macht im Staat verliehen die Nationalsozialisten durch sich häufende Drohungen, Einschüchterungen und Überfälle auf Reichsbannerleute überall in Schlesien Nachdruck. Das Reichsbanner reagierte darauf mit einer

⁴² Der Begriff „Schutzstaffel“ wird heute im Allgemeinen nur als Bezeichnung für die nationalsozialistische SS verwendet, die eine verbrecherische Unterorganisation der NSDAP war. Dass im Jahr 1931 der linke Parteiflügel der Breslauer SPD diese Bezeichnung für seine Kampforganisation nutzte, hängt sicherlich auch damit zusammen, dass zu dieser Zeit die nationalsozialistische SS in Breslau im Gegensatz zur SA keine Rolle spielte und daher keine Verwechslungsgefahr bestand. Vielmehr wollte sich damit der SPD-Parteivorstand in Breslau vom Reichsbanner und dessen „Schufo“ abgrenzen.

Vielzahl von Versammlungen und Kundgebungen. Dabei konnte anhand der zahlenmäßigen Stärke des Reichsbanners, der disziplinierten Auftritte und optischen Eindrücke weiterhin eine solche Siegeszuversicht vermittelt werden, die jeden Zweifel am Sieg über die Hitlerbewegung ausschloss. Dazu gehörte auch der Erfolg im August 1931 bei der Abwehr eines vom „Stahlhelm“ initiierten und sowohl von der NSDAP als auch von der KPD, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, unterstützten Volksbegehrens zum Sturz der sozialdemokratisch geführten Regierung Preußens⁴³. Auch das mittelschlesische Reichsbanner führte in seiner im Juni 1931 in Waldenburg abgehaltenen Jahreskonferenz (**Bild 3**) diesen Erfolg auf seine Gegenpropaganda zurück und schloss daraus, auf siegreichem Weg zu sein⁴⁴.



Bild 3. Gaukonferenz Gau Niederschlesien in Waldenburg („Illustrierte Republikanische Zeitung“ vom 25.07.1931)

Nach ihrer Gründung traten die „Schutzstaffeln“ als „Kerntruppe der kämpfenden Arbeiterschaft“ des Breslauer SPD-Parteiorgans und verschiedentlich sogar als Konkurrent des Reichsbanners auf. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung

⁴³ Der Hintergrund des Volksbegehrens, dem ein Volksentscheid folgen sollte, bestand darin, die weitgehend konsequent gegen Nationalisten, Antisemiten und Monarchisten gerichtete SPD-geführte preußische Regierung zu stürzen. Sie hatte sich als Bollwerk gegen die Umsturzpläne der NSDAP wie auch gegen die KPD erwiesen.

⁴⁴ Vgl. *Das Reichsbanner tagt... in Waldenburg. Organisatorischer Aufstieg, Republikanisierung der Verwaltung gefordert-Gegen kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Völkerverhetzung*, „Volkswacht“ vom 23.06.1931.

des Reichsbanners am 17. September 1931 kam einmütig zu dem Schluss, dass die „Schutzstaffeln“ als falsches und angesichts der drohenden Gefahr einer Machtergreifung durch die Hitlerpartei auch als höchst gefährliches Mittel abzulehnen und wieder abzuschaffen seien. Doch diese Mahnung wurde nicht beachtet, vielmehr vollzog Ernst Eckstein am 2. Oktober 1931 die Abspaltung seines Parteiflügels in Breslau, zu der auch die „Schutzstaffeln“ gehörten, und den Übertritt in die von anderen SPD-Funktionären in Berlin initiierte neue „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP)⁴⁵. Ihm folgte dabei ein relativ großer Teil der Breslauer SPD-Funktionäre, die schon bisher seinen Kurs unterstützt hatten, einige Gruppen der „Sozialistischen Arbeiterjugend“, und sonstige Parteimitglieder, allerdings weniger als er erwartet hatte.

Dagegen hatte das Breslauer Reichsbanner keine Mitglieder verloren, aber ein wichtiger, sehr umtriebiger Funktionär der Regionalverbandsleitung, Max Kukielczynski, wechselte in die SPD-Orts-Parteileitung, um in der Provinzhauptstadt die Sozialdemokratie wieder zu konsolidieren. Er blieb aber weiterhin einer der aktivsten Reichsbannerfunktionäre in Breslau. Mit der Abspaltung der SAP war jedoch die Episode der „Schutzstaffeln“ abgeschlossen, die auch anders als von Ernst Eckstein erhofft, nichts gegen das Erstarken der NSDAP ausrichten konnten.

Ein deutliches Signal an die Öffentlichkeit, dass das Breslauer Reichsbanner trotz der Abspaltung der SAP unbeschadet blieb, war eine Demonstration ihrer „Schufo“-Abteilung am 11. Oktober 1931. Bei einem 18 km-Geländemarsch mit zusätzlicher Ausrüstung (aber wie immer unbewaffnet) bewiesen 300 Breslauer Kameraden ihre Einsatzbereitschaft. Dabei fanden gleichzeitig Nazi- und insbesondere SA-Aufmärsche und -Provokationen in vielfältiger Weise statt, die sich auch von dem regierungsseitig proklamierten „politischen Weihnachts-Burgfrieden“ nicht abhalten ließen. Dass unter diesen Bedingungen am 19. Dezember 1931 der Ortsverein Breslau eine fröhliche, reichhaltig kulturell gestaltete Wintersonnenwendfeier veranstaltete, zeugte allerdings von ungebrochener Zuversicht, bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten siegreich zu sein.

Die Besorgnis, dass Hitler über die anstehende Neuwahl des Reichspräsidenten im Jahr 1932 zur Macht gelangen könnte, stellte das Reichsbanner vor eine sehr schwierige Frage. Um eine Verteilung der Stimmen, die Hitler ablehnten zu

⁴⁵ Vgl. *Für die Einheit der Sozialdemokratischen Partei. Nieder mit den Spaltern!*, „Volkswacht“ vom 30.09.1931.

vermeiden, ergab sich nach einem ernüchternden ergebnislosen Suchprozess nur die Chance, den ungeliebten Reichspräsidenten Hindenburg weiter amtierend zu lassen. Dieses Thema bestimmte die Generalversammlung des Reichsbanner Ortsvereins am 31. Januar 1932⁴⁶. Zugleich wurde in Breslau, wie auch andernorts in Schlesien, das Bündnis der „Eisernen Front“, d.h. ein Zusammenschluss von Gewerkschaftsverbänden und anderen Organisationen mit dem Reichsbanner, weiter ausgebaut. Dazu fanden nahezu wöchentlich Großveranstaltungen statt, auf denen der Wille bekräftigt wurde, sich mit allen Mitteln gegen eine Machtübernahme der danach drängenden Nationalsozialisten zu stemmen. Die stets gut durch die Reichsbanner-Leitung in Breslau organisierten Kundgebungen mit eindrucksvoller Gestaltung durch Fahneneinmarsch, revolutionär-stimmungsvoller Musik der Reichsbannerkapellen usw. festigten auch im Frühjahr 1932 weiterhin die Überzeugung, dass dieser Kampf doch noch erfolgreich endet.

Dazu trug auch eine am 17. März 1932 von der Brüning-Regierung verfügte Haussuchung in den Gebäuden der NSDAP bei, die in Breslau u.a. zahlreiche Belege für verbotene Mitwirkung von Beamten in der Nazipartei erbrachte⁴⁷. Die Aktion erwies sich aber nur teilweise als wirksame Maßnahme im Kampf gegen die Feinde der Demokratie und Republik, denn es fehlte an harten Konsequenzen. Sie war aber spektakulär genug, um Hitler-Gegnern den Anschein zu geben, dass endlich etwas gegen diese Feinde der Republik unternommen wurde. Andererseits sorgte sie, schon wegen der fehlenden Konsequenzen, für weiteren Zulauf zu den Nationalsozialisten, die sich als Opfer darstellten. Es kam z.B. in Breslau am Tag nach den Haussuchungen zu Zusammenrottungen wütender Nazigruppen in Größenordnungen bis zu tausend Personen, die die ungebrochene Schlagkraft der republikfeindlichen Organisation bewiesen. Zunächst trugen aber die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident und damit die Verhinderung Hitlers erneut zu Optimismus bei, obwohl der unmittelbar bevorstehende Wahlkampf zum preußischen Landtag am 24. April 1932 bereits weitere Gefahren und Belastungen für die Demokratie ahnen ließ. Doch vorher erreichte Reichskanzler Heinrich Brüning vom wiedergewählten Reichspräsidenten die Zustimmung zu einem weitaus umfassenderen Schlag gegen die Nationalsozialisten als im März. Er konnte am

⁴⁶ Vgl. *Die Kundgebung der „Eisernen Front“. Generalversammlung des Reichsbanners. Es gibt nur einen Feind. Den Faschismus*, „Volkswacht“ vom 01.02.1932.

⁴⁷ Vgl. *Preußen geht gegen die Bürgerkriegsarmee Hitlers vor*, „Volkswacht“ vom 18.03.1932. Der Artikel bezieht sich auf die im „Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung“ abgedruckte Verfügung vom 25.06.1930.

13. April 1932 ein Verbot von SA und SS verhängen und damit die militärischen Formationen der NSDAP ausschalten. Diese Maßnahme wirkte in Breslau wie ein Paukenschlag⁴⁸.

Es war die wichtigste Maßnahme im Bemühen der preußischen Republikaner, die Hitlerpartei zurückzudrängen und zugleich eine einmalige Chance. In Breslau waren die diversen Hintergründe dieser Maßnahme uninteressant, es kam nur auf den Erfolg an. Durch die Polizeiaktion gegen SA und SS wurde aber zugleich sichtbar, über welch starken, ausgefeilten und streng militärisch ausgerichteten Apparat die SA bereits verfügte und dass sie damit an Schlagkraft, wenn auch nicht an zahlenmäßiger Stärke, dem Reichsbanner bereits deutlich überlegen war. Dass es in Breslau keine nennenswerten SS-Strukturen gab, war sicherlich eine schlesische Besonderheit, minderte jedoch nicht die von der NSDAP drohenden Gefahren.

Von dem Schlag gegen die SA-Einrichtungen blieb jedoch der gesamte Apparat der NSDAP mit dem Führungspersonal unbehelligt. Diesen Umstand nahm man mit dem Argument hin, dass in der Demokratie der Kampf gegen andere Parteien mit geistigen Mitteln zu führen ist. Da man außerdem wusste, dass mit dem Reichspräsidenten Hindenburg und seinem Beraterstab ein Verbot der NSDAP nicht durchsetzbar war, wurde das SA-Verbot als der in dieser Sache größtmögliche Erfolg angesehen. Entsprechend reagierte auch das Reichsbanner. Obwohl sich die Angriffe der Nationalsozialisten nach dem SA-Verbot nicht wesentlich verringerten, wurden am 17. April 1932 mit einer kleinen Zeremonie die mit den „Schufo“-Abteilungen verbundenen besonderen Vorkehrungen gegen die Machtübernahme durch die NSDAP aufgehoben⁴⁹.

Die Wahl am 24. April 1932 zum preußischen Landtag brachte trotz aller Wahlkampf Bemühungen keine Mehrheit für ein demokratisch-republikanisches Regierungsbündnis, aber auch keine Mehrheit für die NSDAP. Trotzdem war man sich in der Breslauer SPD und im Reichsbanner sicher, dass vor den nächsten Wahlen die Wähler schon erwachen werden. Am Wahlergebnis war dann aber deutlich geworden, dass das Übergewicht bei den demokratie- und republikfeindlichen Parteien bestand, zu denen auch die KPD gehörte. Nach der Wahl in

⁴⁸ Vgl. *Mörder-SA aufgelöst*, „Volkswacht“ vom 14.04.1932. Die besondere Rolle die dabei Breslau spielte kam unter anderem auch dadurch zum Ausdruck, dass am Tag nach der spektakulären Maßnahme der preußische SPD-Ministerpräsident Otto Braun in der Jahrhunderthalle eine Rede hielt.

⁴⁹ Vgl. *Begrüßung des Bundesführers. Empfang des Kameraden Höltermann im Schießwerder*, „Volkswacht“ vom 18.04.1932.

Preußen gönnten die Nationalsozialisten ihren Gegnern, trotz SA-Verbots, keine Ruhe. Dazu trug auch die Entwicklung in Berlin bei, denn dort war es am 31. Mai 1932 zum Sturz der Regierung Brüning gekommen. Danach hatte der Reichspräsident auf Drängen ihm nahestehender Kreise, die sich nicht der Demokratie verpflichtet fühlten und insbesondere die Maßnahmen vom 13. April 1932 mit dem Verbot der SA und SS nicht aufrechterhalten wollten, ein von Franz von Papen geführtes sogenanntes Präsidialkabinett eingesetzt. Dieses bestand nur aus DNVP⁵⁰- und parteilosen Ministern, die sich vor allem als monarchistisch erwiesen.

Das Reichsbanner nahm dazu entsprechend einer mit den Partnern in der Eisernen Front beschlossenen Taktik eine Abwarte-Haltung ein, um in Ruhe den Moment des Scheiterns dieser Regierung abzuwarten und danach gezielt wirksam zu werden. Man war außerdem erleichtert, dass nun gar keine Begründungen mehr für eine Tolerierung der Regierung Brüning gegeben werden mussten und klare Fronten herrschten. Allerdings war man sich schon im Klaren, dass es sich um die Vorstufe einer Beteiligung der Nationalsozialisten an der Macht im Staat handeln könne. Daher konnte am 7. Juni 1932 auch erstmalig in der Geschichte des Breslauer Reichsbanners ein Aufruf zum Kampf um die Beseitigung dieser nun nicht mehr demokratisch legitimierten Regierung in einer Versammlung der Eisernen Front beschlossen werden⁵¹. Paul Löbe griff wenige Tage danach diesen Appell auf⁵², aber er hielt nicht für möglich, dass eine Regierung die Errungenschaften der Novemberrevolution wieder beseitigt, solange die organisierte Arbeiterschaft nicht aufgibt. Da die Papen-Regierung noch intensiver als zuvor das Brüning-Kabinett die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft durch Sparmaßnahmen zu Lasten der Bevölkerung vorantreiben wollte, stellte auch das Breslauer Reichsbanner den Kampf gegen die neue Notverordnung an erste Stelle, weil sich die soziale Not, die in Breslau und Schlesien schon besonders zu spüren war, noch mehr verschlimmern würde. Erst danach rangierten Proteste und Propaganda gegen die NSDAP und Hitler, der mit zunehmender Demagogie seinen Gefolgsleuten bessere Zeiten versprach, wenn er an der Macht sei.

⁵⁰ Die Deutsch-Nationale Volkspartei war eine in Konkurrenz zur NSDAP stehende aber auch mit ihr kooperierende nationalkonservative Partei, hinter der vor allem Industrielle standen und die u.a. von den ostelbischen Großgrundbesitzern unterstützt wurde.

⁵¹ Vgl. *Eiserne Front ist wieder auf dem Plan. Überfüllte Kundgebung... im Zirkus Busch*, „Volkswacht“ vom 08.06.1932.

⁵² Am 12.06.1932 fand in der Jahrhunderthalle der 5. Verbandstag des Invaliden- und Witwenverbandes statt, auf dem unter anderem Paul Löbe auftrat. Vgl. *Eröffnungskundgebung der Arbeitsinvaliden*, „Volkswacht“ vom 13.06.1932.

Die in dieser Zeit gezeigte Zuversicht musste schon erstaunen, wie es auch unverständlich war, dass man sich nicht bereits am Tag nach der Absetzung Brüning auf eine schnelle Aufhebung des Verbots von SA und SS einstellte. Nur durch das Verbot hatte noch die Chance bestanden, die Kräfteverhältnisse zu Gunsten der demokratischen Republik zu verändern. Sicherlich war es zutreffend, dass vor allem die soziale Not viele Menschen in die Arme der Nationalsozialisten trieb, und folglich die Ursachen dafür beseitigt werden mussten. Die Auswüchse bei der Arbeitslosigkeit insbesondere unter der Jugend wollte man durch den Ausbau eines freiwilligen Arbeitsdienstes bekampfen⁵³. Deshalb hatten sich Funktionäre der Eisernen Front auch am 15. Juni 1932 mit denen der verschiedenen sozialistischen und republikanischen Jugendorganisationen Mittelschlesiens getroffen, um einen Freiwilligen Arbeitsdienst zu organisieren. Zu umfangreichen Einsätzen im Gebiet der Bartsch-Niederung und an anderen Stellen Schlesiens waren Hunderte Jugendliche im Sommer 1932 in Lagern des Reichsbanners im Einsatz. Die Fokussierung auf diese Aspekte hatte aber sicherlich zur Folge, dass die generelle Gefährdung der Weimarer Republik zu wenig wahrgenommen wurde.

9. Die Endphase

Für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte, einschließlich der Geschichte Schlesiens, ist es unerheblich, mit welchem Datum die Endphase des Reichsbanners beginnt. Zweifellos war der Sturz der letzten durch den Reichstag demokratisch legitimierten Reichsregierung unter Kanzler Brüning am 30. Mai 1932 der erste Schritt dazu, dem dann am 17. Juni 1932 die Aufhebung des SA- und SS-Verbots folgte. Damit begann die Endphase der Weimarer Republik und damit auch des Reichsbanners. Von diesem Datum an besaßen die demokratie- und republikfeindlichen Kräfte, die Formationen von SA und SS der NSDAP sowie des „Stahlhelms“ und einiger anderer rechtsradikaler Organisationen, ein deutliches Übergewicht gegenüber dem Reichsbanner bzw. der Eisernen Front. Dieses Kräfteverhältnis ergab sich nicht aus der zahlenmäßigen Mitgliedschaft, denn diesbezuglich war das Reichsbanner der SA und SS weit überlegen, sondern aus der

⁵³ Der Arbeitsdienst, allerdings auf freiwilliger Basis und durch dafür zugelassene Organisationen, wie auch das Reichsbanner, durchgeführt, beruhte auf einem 1931 erlassenen Gesetz sowie einer Verordnung vom 16.07.1932. Spätere Behauptungen, dass der Arbeitsdienst ein Erfolg der NSDAP sei, sind propagandistische Lügen. Vgl. *Schlag nach! Wissenswerte Tatsachen aus allen Gebieten*, Leipzig 1939, S. 220.

Tatsache, dass die Kampforganisationen der NSDAP militärisch organisiert, gut ausgebildet sowie zu Gewalteinsetzungen jederzeit bereit waren, wogegen das Reichsbanner eine demokratisch verfasste, auf politische Auseinandersetzung und nicht auf Gewaltanwendung orientierte Organisation war und bis zum Ende auch blieb. Das war auch ein Grund, warum das Reichsbanner im Wesentlichen passiv blieb, als am 20. Juli 1932 durch Reichskanzler v. Papen bei dem sogenannten „Preußenschlag“ die amtierende preußische SPD-geführte Landesregierung abgesetzt wurde⁵⁴. Jegliche gewaltsamen Versuche, die abgesetzte Preußenregierung ins Amt zurückzubringen, wären hoffnungslos gescheitert. Angesichts dieser Entwicklung, wie sie in Breslau und Schlesien verfolgt werden konnte, blieben den republikanisch-demokratischen Kräften letztlich nur Wut und Enttäuschung.

Mit der Aufhebung des Verbots von SA und SS setzte eine Etablierung der NSDAP als Machtfaktor in der Weimarer Republik und so auch in Mittelschlesien ein, die nicht mehr zu stoppen war. In Breslau traten diese Formationen sofort in neuen Uniformen in einem Umfang und trotz noch bestehenden Demonstrationsverbots in Erscheinung, gegen die auch die republikanische Polizei machtlos war. Dass die Neuaufstellung der „Schufo“ ab 25. Juni 1932 nur noch ein letztes verzweifeltes Aufbegehren war, wollte niemand in der Eisernen Front, bzw. in Reichsbanner oder SPD wahrhaben. Ihr erster Auftrag in Breslau nach der Neuaufstellung bestand darin, eine Kundgebung im Zirkus-Busch Gebäude abzusichern, in der unter lauter Gleichgesinnten mit der Regierung und Hitler abgerechnet und mit unerschütterlicher Zuversicht die Kampfbereitschaft proklamiert wurde⁵⁵. Diese, wie noch alle folgenden Eiserne-Front-Versammlungen bis zum Februar 1933 offenbarten aber das Dilemma der Republikaner, dass man sich die ganze Zeit damit begnügt hatte, immer nur sich selbst Stärke und Kampfeswillen zu bescheinigen. Die Bürger, die nicht diese Versammlungen besuchten, der Mittelstand, die Angestellten, Geschäftsleute und Beamten fühlten sich, von wenigen abgesehen, nicht

⁵⁴ Zum sogenannten Preußenschlag am 20. Juli 1932 liegen zahlreiche und umfangreiche Untersuchungen und Analysen vor, so dass auf eine einzelne Quellenangabe verzichtet werden muss. Die „Volkswacht“ vom 21.07.1932 enthielt auf der Titelseite neben der Berichterstattung über die Ereignisse in Berlin auch den vom unerschütterlichen Glauben an das Funktionieren der Demokratie zeugenden Aufruf des Parteivorstands der SPD, nun alle Kraft auf die Wahl am 31. Juli 1932 zu richten. Im Gegensatz zu Berlin und der Provinz Brandenburg war über die schlesischen Provinzen kein Ausnahmezustand verhängt worden.

⁵⁵ Vgl. *Das werktätige Deutschland erwacht! Überfüllte Riesenkundgebung im Zirkus Busch*, „Volkswacht“ vom 21.06.1932.

angesprochen, ja auch die Studenten hatten in Breslau nicht zu den Zielgruppen des Reichsbanners bzw. der Eisernen Front gehört.

Rückblickend muss für die mittelschlesische Provinzhauptstadt eingeschätzt werden, dass die Vernachlässigung bürgerlicher Republikaner besonders auffällig war. Beispielsweise verfolgten die Mitglieder der „Windthorstbünde“, eine vergleichsweise kleine, der Zentrumsparterie nahestehende Organisation, das gleiche Ziel wie das Reichsbanner, aber es gab beiderseits in der Stadt kaum Kontakte. Auch Aktionen der Kommunisten zum Stopp des Vormarsches der Nationalsozialisten blieben wirkungslos, nicht zuletzt schon deshalb, weil die ihren Kampf gegen Hitler noch immer mit einem Kampf gegen die SPD und das Reichsbanner verbanden, denn beide waren im Verständnis der KPD das entscheidende Hindernis, dass sich nicht alle Proletarier einer von ihr geführten Einheitsfront anschlossen.

Von allen Aktionen der Eisernen Front nach dem 17. Juni 1932 unbeeindruckt, nahm die SA Breslau quasi in Besitz. Am 22. Juni 1932 zogen schlesische SA-Kolonnen, unter ihnen viele Arbeiter, durch die Stadt zur Jahrhunderthalle, in der groß angekündigt, die NSDAP unter der Überschrift „Fertigmachen nach Palästina“ das Programm ihrer Partei nachhaltig propagierte. Die Ausschreitungen beim Anmarsch zu dieser Veranstaltung führten zu vielen Verletzten und zur Ermordung des unbeteiligten Arbeitersportlers Rudolf Günther. Der Terror mit offenem Mord, heimtückischen Handgranatenanschlägen, bei denen die Täter versuchten unerkannt zu bleiben und die zahlreichen anderen Aktionen der Nationalsozialisten bestimmten, wie die vielen, im Grunde erfolglosen Protestkundgebungen der republikanisch-demokratischen Kräfte die folgende Zeit. Dazu gehörte z.B. auch die am 11. Juli 1932 in Klettendorf, bei der Reichsbanner-Kamerad Erdmann Tilke ermordet wurde⁵⁶.

Die Orientierung auf den Termin der am 31. Juli 1932 angesetzten Reichstagswahlen war noch mit der Hoffnung verbunden, dabei eine Wende zu erreichen und eine regierungsfähige Mehrheit der demokratischen Parteien zu erzielen. Darauf richteten sich die folgenden Kundgebungen und Versammlungen. Vor der Wahl wurde am 27. Juli 1932 aber auch das bis dahin für Beamte in den Behörden geltende Verbot der Mitgliedschaft in der NSDAP aufgehoben. Darauf reagierte die nach wie vor noch bestehende demokratische Mehrheit im Breslauer Magistrat

⁵⁶ Zur Ermordung von Erdmann Tilke in Klettendorf und zu allen Mordfällen an schlesischen Reichsbannermitgliedern von 1924 bis Ende Februar 1933 vgl. Roland B. Müller, *Hans Alexander (1890–1933). Der vergessene Breslauer „Reichsbannergeneral“ / Zapomniany wrocławski „general Reichsbanneru“*, Berlin 2023.

mit Verbitterung, eine ausdrückliche Protestaktion durch das Reichsbanner, das kaum Beziehungen zur Beamtenschaft hatte, war nicht festzustellen. Dagegen war die Abschlusskundgebung dieses Wahlkampfes am 29. Juli 1932 in der Jahrhunderthalle von Entschlossenheit der anwesenden Republikaner zu einer unerbittlichen Auseinandersetzung mit der Papen-Regierung und den Nationalsozialisten, aber auch von der Hoffnung auf Vernunft und Einsicht der Wähler geprägt. Dabei war man sich jedoch ebenfalls der Gefahr bewusst, die sowohl aus der Uneinigkeit der in SPD, SAP und KPD organisierten Arbeiterschaft als auch aus der Untätigkeit des republikanischen Bürgertums entstand, das bisher oft zur Verrohung der politischen Auseinandersetzungen und der Verbreitung von Hass schwieg⁵⁷.

Das Wahlziel der SPD und des Reichsbanners wurde am 30. Juli 1932 nicht erreicht, auch wenn die Hitlerpartei nicht den ganz großen, von ihr prognostizierten Erfolg erzielen konnte und allem Anschein nach den Höhepunkt der Zustimmungswerte überschritten hatte. Dafür nahm sie den Wahlausgang zum Anlass für gesteigerten Terror gegen Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden und andere Republikaner. Protestbriefe und Telegramme aus Breslau an den Reichspräsidenten und an den Innenminister blieben wirkungslos. Zwar fand im August 1932 noch eine Verfassungsfeier mit den Behörden statt, auf der auch der Breslauer Polizeipräsidenten ein Bekenntnis zur Weimarer Verfassung abgab, und das Reichsbanner feierte anlässlich des Verfassungstages ein Sommerfest, aber einen deutlichen Auftrieb der republikanischen Bewegung konnte man nicht mehr feststellen⁵⁸.

Der allgegenwärtige Terror wurde von den Nationalsozialisten überall dort, wo er nicht offen verübt wurde, den „Marxisten“, d.h. den Sozialdemokraten und den Reichsbanner-Mitgliedern sowie den Kommunisten angelastet. Zum Beispiel wurde im August 1932 von neun in Schlesien verübten Handgranatenattentaten und acht Feuerüberfällen berichtet. Darunter war auch die Nachricht vom missglückten Attentat auf Hans Paeschke, den Redakteur des in Langenbielau erscheinenden „Proletarier aus dem Eulengebirge“. Da dabei der Täter, ein SS-Mann, selbst umgekommen war, offenbarte sich das Mitwirken von Hintermännern, die planmäßig versuchten, die Republikaner einzuschüchtern und alles daransetzten,

⁵⁷ Vgl. *Der letzte Ruf! Die Jahrhunderthalle vollkommen gefüllt – In den Gängen stehen Menschenmassen*, „Volkswacht“ vom 30.07.1932.

⁵⁸ Ein aufschlussreiches Stimmungsbild dieser Zeit in Breslau ist u.a. in Willy Cohn (*Verwehte Spuren*, Köln–Weimar–Wien, 1995, hrsg. von Norbert Conrads) zu finden. Darin erwähnt er unter anderem den Verfassungstag am 11.08.1932 und zieht dabei den Vergleich zum zugleich begangenen jüdischen Gedenktag der Tempelzerstörung.

die Tat zu verschleiern und das vorgesehene Opfer zum Schuldigen zu stempeln. Zu den an diesem Tag erwähnten Opfern aus den Reihen des schlesischen Reichsbanners gehörten Rudolf Simsch aus Nassiedel bei Leobschütz und Paul Hoffmann aus Küpper bei Seidenberg.

Der im Sommer 1932 überall im Reich verübte Terror, mit dem die Bevölkerung dazu gebracht werden sollte, nur auf die NSDAP zu bauen, die eine starke Führung sowie Ruhe und Ordnung versprach, veranlasste die Papen-Regierung am 9. August 1932 zur Notverordnung „Gegen den politischen Terror“. Damit wurden Sondergerichte geschaffen, mit denen politische Straftäter, die man vor allem beim Reichsbanner und in SPD, SAP und KPD sah, schnell und rigoros abgeurteilt werden konnten. Vierzehn derartige Gerichte entstanden in Schlesien. Neben dem in Breslau mit der höchsten Zahl an Verurteilungen in Schlesien erlangte das Sondergericht in Beuthen besonders große Aufmerksamkeit, denn dort wurde über die von Nationalsozialisten im kleinen oberschlesischen Dorf Potempa verübte bestialische Mordtat verhandelt⁵⁹. Den starken nationalsozialistischen Einfluss auf die Justiz bewies die Mehrzahl der bis zur Aufhebung der Sondergerichte verhängten Urteile.

Nachdem der erst im Juli gewählte Reichstag wieder aufgelöst worden war und der 6. November 1932 als neuer Wahltermin feststand, richtete sich alle Kraft des Reichsbanners auf diesen Termin mit dem Ziel, endgültig die angestrebte Wende zu schaffen und eine republikanische Mehrheit im Reichstag zu erringen. In Breslau sprach Paul Löbe sowohl zur Eröffnung dieses Wahlkampfes als auch zur Schlussveranstaltung, die die Eiserne Front am 4. November 1932 in der Jahrhunderthalle abhielt. In seiner Rede, die im Sinne des Mutmachens betont kämpferisch angelegt war, zeichnete er ein Bild davon, worauf man sich im Falle von Hitlers Wahlsieg einstellen müsse. Erstmals konnte man in seinem Vortrag auch einen Ausdruck von Resignation dahingehend erkennen, dass nicht nur die Wähler der NSDAP später die Leidtragenden sein werden, sondern auch diejenigen in der Eisernen Front, die gegen die Lügen, den Hass und die faulen Versprechungen der Hitler-Partei ankämpfen.

⁵⁹ Vgl. Daniel Siemens, *Stormtroopers: A New History of Hitler's Brownshirts*, bzw. in der deutschen Ausgabe: *Sturmabteilung*, München 2017. Darin leitet der Autor die Geschichte der SA mit einer Schilderung der Ereignisse im oberschlesischen Potempa ein. Unberücksichtigt blieb dabei die öffentliche Rezeption, die bis ins 21. Jahrhundert reicht.

Das Wahlergebnis vom 6. November 1932 entsprach erneut nicht den Hoffnungen der Republikaner, aber auch nicht den Erwartungen der Hitlerpartei, die gegenüber der Juli-Wahl deutliche Verluste hinnehmen musste. Die Wahlkämpfe und alle anderen Abwehraktionen der Republikaner hatten aber an den Kräften der Mitglieder im Reichsbanner gezehrt, wie sich zahlenmäßig im Abflauen von Aufmärschen und öffentlichen Kundgebungen zeigte. Die Sehnsucht nach einer Erholung war schon bei der jährlich üblichen Novemberrevolutionsfeier der SPD spürbar, an der erstmalig, ohne Rücksicht auf den überparteilichen Charakter, das Reichsbanner als Teil der Eisernen Front teilnahm.

Zum 1. Dezember 1932, als man bereits mit einem Kabinett Schleicher oder gar Hitler rechnete, weil von Papen Mitte November zurückgetreten war, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Eisernen Front statt, in der jedoch nicht die sich abzeichnenden Entwicklung in Berlin auf der Tagesordnung stand, sondern das drängende und belastende Problem der Wohnungs- und Mietsituation⁶⁰. Danach und insbesondere nach den kräftezehrenden Wahlkämpfen des Jahres 1932 hoffte man auf einen „Weihnachtsfrieden“ im politischen Kampf wie auch in den vergangenen Jahren, aber die sich immer weiter verschlechternde soziale Notlage stand dem entgegen. Außerdem gab es keine Pause in den Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerkameraden, Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen. Schon am 5. Januar 1933 ereignete sich in Breslau wieder ein Mord. Das Opfer wurde der Jungbanner-Kamerad Fritz Hanisch⁶¹. Dabei erschienen inzwischen Mord, Totschlag, Beisetzungsfestlichkeiten, Protestveranstaltungen usw. schon als Normalität. Das führte offensichtlich wiederum dazu, dass man sich auch Dingen und Themen zuwandte, die fern des politischen Terrors lagen. Das Veranstaltungsprogramm der Banner des Breslauer Reichsbanner-Ortsvereins und der umliegenden Gemeinden belegt diesen Anschein. Auch die Generalversammlung des Reichsbanner Ortsvereins am 23. Januar 1933 in Breslau lief so normal und gut organisiert ab, dass kaum jemand ahnte, es könnte die letzte derartige Zusammenkunft sein. Keiner der Redner hatte die Gefährlichkeit der Situation beschönigt, aber alle waren sich, zumindest nach außen und gemäß den Berichten in der SPD-Zeitung, sicher, dass es noch Chancen gab, Hitler gänzlich abzuwehren.

⁶⁰ Vgl. *Herunter mit den Mieten. Genosse Fritz Voigt in der Mitgliederversammlung der Eisernen Front*, „Volkswacht“ vom 07.12.1932.

⁶¹ Vgl. *Nazimord an einem Jungarbeiter*, „Volkswacht“ vom 06.01.1933.

Am 31. Januar 1933, dem ersten Tag der Kanzlerschaft Hitlers, an dem die Vorherrschaft der SA- und SS-Kolonnen auf den Straßen endgültig schien, fand in Breslau eine schon am Vortag angemeldete Versammlung der KPD auf dem Platz der Republik statt. Dabei kam ein Unbeteiligter durch Schüsse ums Leben. Daraufhin folgte zuerst die Anweisung des Bezirksvorstands Mittelschlesien der Sozialistischen Arbeiterjugend, Disziplin zu wahren und den zentralen Beschlüssen zu folgen, ähnlich reagierte der Reichsbanner Regionalvorstand mit detaillierten Anweisungen für einen Protestmarsch gegen die Hitler-Regierung am 5. Februar 1933. Doch auch das verhinderte den Mord am Reichsbanner-Mann und Studenten Walter Steinfeld nicht⁶². Der von der nationalsozialistischen Regierung angesetzte Kommunalwahltermin am 5. März 1933 führte erneut zur Mobilisierung der Eisernen Front, bei der aus der gezeigten Begeisterung für die Ziele der Eisernen Front die Zuversicht abgeleitet wurde, dass die Breslauer schon die richtige Wahl treffen werden. Auch auf Ruhe und Disziplin wurde orientiert. Trotzdem löste die Polizei Kundgebungen am 26. Februar 1933 im Zirkus Busch-Gebäude und im Gewerkschaftshaus sofort nach Beginn auf, so dass jeder erkannte, lokaler Widerstand nutzte nur dem Gegner und war zwecklos. Am 22. Februar 1933 war in Breslau der SA die Funktionen als Hilfspolizei übertragen worden.

Am 1. März 1933 wurden in Breslau zugleich mit dem Verbot aller angemeldeten Versammlungen, darunter die der Eisernen Front, auf der Paul Löbe sprechen sollte, achtzehn führende Nazi-Gegner festgenommen, Wohnungen und Geschäftsstellen durchsucht sowie wahrscheinlich alle aufgefundenen Unterlagen beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befanden sich vom Reichsbanner Hans Alexander, Max Kukielczynski, Richard Hahn, Erich Herrmann, Hugo Frey und andere. Weiterhin gehörten zu dieser Gruppe auch der SAP-Vorsitzende Ernst Eckstein, der Verwaltungsdirektor der Synagogengemeinde und Ortsvereinsvorsitzende des RJF Dr. Hans Rechnitz, sowie der Vorsitzende des RJF-Landesverbandes Dr. Ernst Fraenkel. Die in „Schutzhaft“ genommenen verbrachte man in die Arrestzellen des Breslauer Polizeipräsidiums bzw. die Untersuchungshaftanstalt. Von dort wurden die meisten und weitere der nach der ersten Verhaftungswelle Festgenommenen in das am 24. März 1933 erstmalig öffentlich erwähnte KZ im Breslauer

⁶² Die allgemeine Lage in diesen Tagen in Breslau war auch dadurch gekennzeichnet, dass die vielen Begräbnisse von Opfern des Terrors, so wie schon bei der Beisetzung von Fritz Hanisch, zu machtvollen Demonstrationen wurden, die die Erwartungen nährten, dass mit den nächsten Wahlen die Abwahl der Nationalsozialisten möglich sei.

Stadtteil Dürrgoy verlegt, aus dem nach dessen Schließung im August 1933 mehrere von ihnen in das KZ Esterwegen transportiert wurden.

In Breslau wurde am 8. März 1933 noch vor dem erst im Juni 1933 in Berlin offiziell ausgesprochenen Verbot die freie Betätigung von SPD und Gewerkschaften zwangsweise beendet, nachdem die SA das Gewerkschaftshaus in der Margarethenstraße gewaltsam in Besitz genommen hatte. Dabei kamen ein Gewerkschaftsfunktionär und ein Nationalsozialist ums Leben. Mit großer Wahrscheinlichkeit schloss man am gleichen Tag das Reichsbanner-Büro in der Gartenstraße 26. Mit dieser Maßnahme wurde auch endgültig jede weitere Tätigkeit des Reichsbanners unterbunden, obwohl es erst Tage später in Berlin offiziell verboten wurde.

Der am 2. September 1933 im KZ Esterwegen von SS-Männern heimtückisch ermordete Hans Alexander⁶³ wurde am 8. September 1933 auf dem jüdischen Friedhof in Breslau-Cosel beigesetzt. Dabei fand eine der letzten großen Demonstrationen Hunderter, wenn nicht Tausender Breslauer Gegner des Nationalsozialismus statt.

10. Fazit

Der nichtmilitante, sondern demokratische Charakter des Reichsbanners zeigte sich in Schlesien besonders offenkundig. Der überwiegende Teil seiner Mitglieder verdient Achtung und Respekt für den auf Wirkung in der Öffentlichkeit gerichteten, aber insgesamt eher erfolglosen Kampf gegen den Nationalsozialismus und andere Gegner von Demokratie und Rechtsstaat. Das trifft insbesondere auf den Teil der Reichsbannerkameraden zu, die in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft Widerstand leisteten und dafür auch, wie Hans Alexander, Karl Mache und Hugo Frey – um nur einige zu nennen – ihr Leben hingeben mussten.

Hinsichtlich der Konflikte und Krisen der Gegenwart zeigt sich, dass Organisationen wie das Reichsbanner nur erfolgreich sein können, wenn auch der Staatsapparat vom gleichen Geist beseelt ist und alle progressiven gesellschaftlichen Kreise einbezogen werden. Die unter dem Einfluss der Westalliierten der Antihitlerkoalition des Zweiten Weltkrieges entstandene Bundesrepublik Deutschland mit dem Grundgesetz, in das ein großer Teil der Weimarer Verfassung und ihre demokratischen, freiheitlichen Intentionen übernommen wurden, erfüllt weitestgehend

⁶³ Vgl. Hans-Peter Klausch, *Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland*, Bremen 2005.

dieses Erfordernis. Für einen wehrhaften demokratischen Staat stellen Angriffe demokratiefeindlicher Organisationen, wie die sich „Reichsbürger“ nennenden oder anderen Gruppierungen, keine elementare Existenzgefährdung dar. Zugleich zeigt das schlesische und Breslauer Reichsbanner aber deutlich, dass in Krisenzeiten eine besonders aufmerksame Gesellschaftsanalyse erforderlich ist, um Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Wenngleich gegenwärtig in Deutschland, trotz zahlreicher und verschiedenartiger Angriffe auf die Demokratie, zu denen auch der Antisemitismus zählt, keine mit den anfänglichen 1930er Jahren vergleichbare Situation vorliegt, lehrt der Kampf des Reichsbanners, dass Aufklärung und wahrheitsgemäßen Information über die politischen Entscheidungen der Staatsführung eine fundamentale Bedeutung besitzen. Nicht zu verkennen ist dabei die besondere Verantwortung der Vermittler und Kommentatoren von Nachrichten in der gegenwärtigen von Social Media geprägten Welt. Lügen und Verbreitung von Verschwörungstheorien, wie gewisse aus den 1920er Jahren stammenden antisemitischen Darstellungen, nationalistische und fremdenfeindliche Hetze, finden auch gegenwärtig Abnehmer und Gefolgsleute und das nicht nur in Deutschland. Das Schicksal des Reichsbanners zeigt deutlich, warnen allein reicht nicht. Die Erinnerung daran soll helfen, rechtzeitig zu handeln.

STRESZCZENIE

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund republikanischer Kriegsteilnehmer“, tj. „Sztandar Rzeszy Czarno-Czerwono-Złoty, Związek Republikańskich Uczestników Wojny” to ważna ponadpartyjna organizacja demokratyczno-republikańska istniejąca w latach 1924–1933, która dysponowała silnymi strukturami regionalnymi także na Śląsku. Członkami tego związku – nieuzbrojonego, wyrzekającego się stosowania przemocy i działającego w formie zarejestrowanego stowarzyszenia (eingetragener Verein) – byli przeważnie weteranami wojennymi (żołnierzami frontowymi) zaliczonymi do robotników. Organizacja posiadała własną młodzieżówkę (Jugendabteilung), natomiast kobiety, poza nielicznymi wyjątkami, nie były wliczane w poczet członków. Główną ideą Reichsbanneru była obrona przed zakusami prawicy by zdyskredytować przemiany demokratyczno-republikańskie zapoczątkowane w Niemczech w wyniku rewolucji listopadowej; republika ta po ogłoszeniu 11 XI 1919 r. w Weimarze nowej konstytucji określana była mianem republiki weimarskiej, choć oficjalna nazwa państwa wciąż brzmiała Rzesza Niemiecka. W końcowej fazie istnienia republiki weimarskiej organizacja ta była najsilniejszym i najbardziej znaczącym komponentem „Frontu Żelaznego” (Die Eiserner Front). Cele Reichsbanneru – w tym także jego struktur na Śląsku – tj. 1) utrzymanie demokratycznego charakteru republiki, 2) uniemożliwienie przejęcia władzy przez narodowych socjalistów i 3) obrona czarno-czerwono-złotej flagi Niemiec – nie zostały

osiągnięte. Powody porażki były wielorakie i są one nadal przedmiotem badań, a uniwersalna odpowiedź na pytanie o przyczyny tej klęski wciąż nie została sformułowana.

BIBLIOGRAFIA / REFERENCES

- Archiwum Państwowe we Wrocławiu, Akta miasta Wrocławia.
„Arbeiter-Zeitung für Schlesien“ 1926–1933.
„Breslauer Zeitung“ 1924, 1929.
„Breslauer-Gemeindeblatt“ 1929.
„Das Reichsbanner, Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ 1924–1928.
„Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ 1929–1933.
„Schlesische Arbeiter-Zeitung“ 1924–1926.
„Volkswacht für Schlesien“ 1924–1933 (ohne 1929).
Cohn Willy, *Verwehte Spuren. Erinnerungen an das Breslauer Judentum vor seinem Untergang*, hrsg. von Norbert Conrads, Köln–Weimar–Wien 1995.
Biały Franciszek, *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, [in:] *Encyklopedia Wrocławia*, red. Jan Harasimowicz, Wrocław 2006, S. 744.
Czapliński Marek, *Strzegomska krwawa niedziela – błąd władzy, zaplanowane starcie czy wynik „psychologitumu“?*, „Studia Śląskie“, 57 (1998), S. 239–256.
Elsbach Sebastian, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, Stuttgart, 2019.
Jüdisches Leben in Ost und West, hrsg. von Andreas Brämer, Arno Herzig, Krzysztof Ruchniewicz, Göttingen 2014.
Klausch Hans Peter, *Tätergeschichten. Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland*, Bremen 2005.
Müller Roland B., *Auf den Spuren der Breslauer Synagogengemeinde bis zur Shoah*, Leipzig 2018.
Müller Roland B., *Hans Alexander i Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold we Wrocławiu od 1924 do 1933 roku*, „Kalendarz Wrocławski“, 46 (2022), S. 387–391.
Müller Roland B., *Hans Alexander (1890–1933). Der vergessene Breslauer „Reichsbannergeneral“ / Zapomniany wrocławski „general Reichsbanneru“*, Berlin 2023.
Müller Roland B., *Otto Wagner (1877–1962) im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur. Oberbürgermeister in Breslau und Jena*, Leipzig 2012.
Siemens Daniel, *Sturmabteilung. Die Geschichte der SA*, München 2017.
Schröder Wilhelm Heinz, *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933: Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch*. Düsseldorf 1995.
Schlag nach! Wissenswerte Tatsachen aus allen Gebieten, Leipzig 1939.

O AUTORZE

Roland B. Müller (ur. 1942) naukowo zajmuje się historią od czasu studiów (inżynieria lądowa) na Uniwersytecie Technicznym w Dreźnie. Od 1989 r. prowadzi badania nad dziejami Wrocławia w XX w. (do 1945 r.), co zaowocowało opublikowaniem szeregu prac i organizacją polsko-niemieckich wystaw poświęconych przeszłości tego miasta. Przyjazne kontakty z Polską utrzymuje od 1954 r. W 2020 r. otrzymał nagrodę Jewish History-Award. Adres e-mail: roland-mueller-dresden@t-online.de.